

HWWI/Berenberg-Städteranking.

Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich: **Bielefeld**

»HWWI/Berenberg-Städteranking: Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich«

Autoren: Dr. Michael Bräuninger, Dr. Silvia Stiller

Stand: Juli 2008

Wir haben uns bemüht, alle in dieser Studie enthaltenen Angaben sorgfältig zu recherchieren und zu verarbeiten. Dabei wurde zum Teil auf Informationen Dritter zurückgegriffen.

Einzelne Angaben können sich insbesondere durch Zeitablauf oder infolge von gesetzlichen Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sämtlicher Angaben kann daher keine Gewähr übernommen werden.

Bezug über:

Berenberg Bank · Unternehmenskommunikation

Neuer Jungfernstieg 20 · 20354 Hamburg

Telefon (040) 350 60-710 · Telefax (040) 350 60-907 · E-Mail: presse@berenberg.de

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: HWWI/Berenberg-Städteranking

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	6
2 Demografie und Ökonomie	7
2.1 Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit	7
2.2 Bevölkerungsprognose	14
3 Standortfaktoren	18
3.1 Überblick	18
3.2 Bildung und Innovationsfähigkeit	19
3.3 Internationalität	22
3.4 Erreichbarkeit	25
4 HWWI/Berenberg-Städteranking	26
Indikatoren	31

Teil 2: Stadtportrait Bielefeld

1 Bevölkerung	32
2 Wirtschaft im Überblick	35
3 Standortattraktivität	39
4 Ausblick	41

Literatur- und Quellenverzeichnis	43
-----------------------------------	----

Teil 1: HWWI/Berenberg-Städteranking

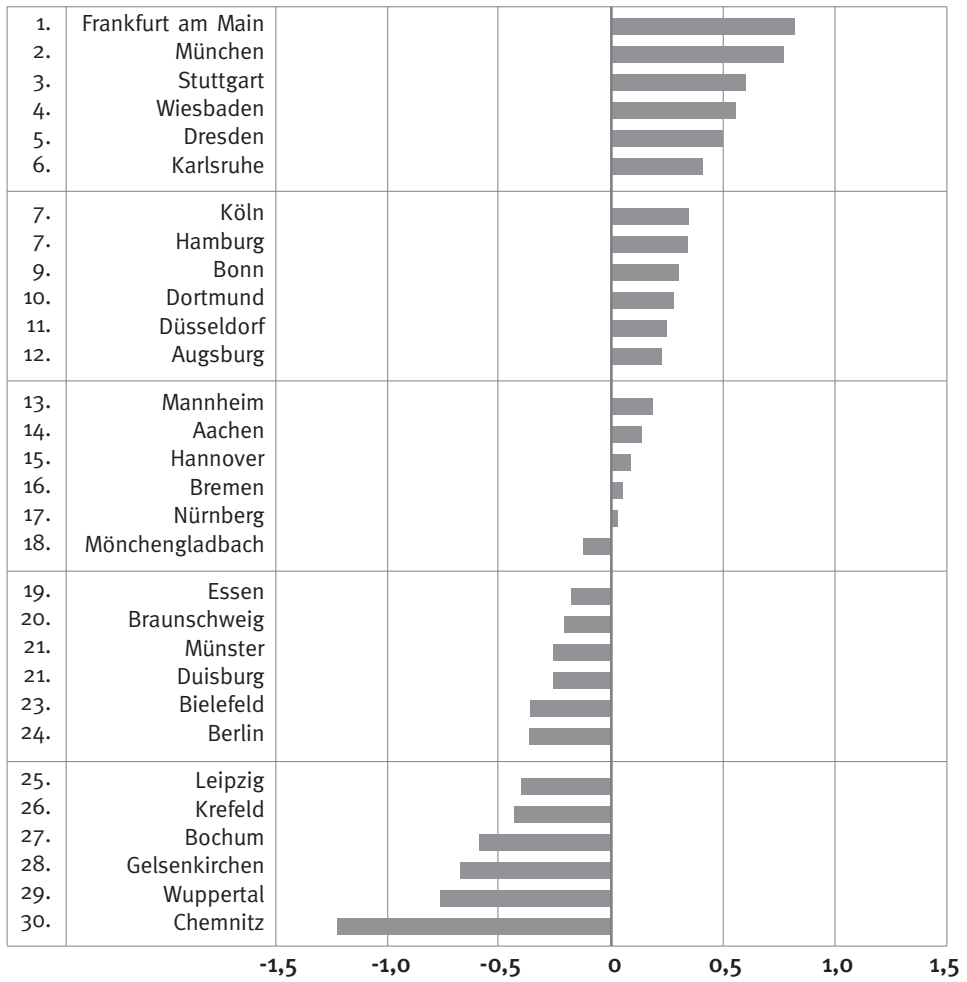
Zusammenfassung

Aufgrund der ausgeprägten Konzentration von wirtschaftlichen Aktivitäten in Städten sind ihre zukünftigen Entwicklungen von hoher Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland insgesamt. Welche Wachstumschancen Städte haben werden, hängt insbesondere von ihrer Attraktivität für Arbeitskräfte und Investoren ab. Generell werden die Standortwahl von Unternehmen und die Entscheidung von Menschen, sich in einer bestimmten Stadt anzusiedeln oder dort zu bleiben, von zahlreichen Standortfaktoren und deren Zusammenspiel beeinflusst. In der vorliegenden Studie werden die Standortbedingungen der Städte im Hinblick auf wirtschaftliche Dynamik, Bildung und Innovationen, Internationalität und die Erreichbarkeit europäischer Agglomerationen verglichen. Ziel der Analyse dieser Faktoren für die einzelnen Städte und eines hierauf basierenden Städte-Rankings ist es zu beurteilen, welche Städte eine eher günstige Kombination von Standortfaktoren aufweisen und wo die Standortbedingungen in den untersuchten Bereichen eher als ungünstig einzustufen sind.

Der Städtevergleich verdeutlicht, dass es gegenwärtig stark ausgeprägte Unterschiede in den Standortbedingungen zwischen den deutschen Städten gibt und dass unterschiedlich strukturierte Städte günstige Ausgangsbedingungen für die zukünftige Entwicklung aufweisen. Das HWWI/Berenberg-Städteranking führt die deutsche internationale Dienstleistungsmetropole Frankfurt am Main an, dicht gefolgt von München und Stuttgart, die weiterhin durch starke Positionen im Bereich wissens- und forschungsintensiver Wirtschaftsbereiche glänzen. Darauf folgen mit Wiesbaden und Dresden zwei eher kleinere Städte. Am unteren Ende der Skala sind Chemnitz und die Ruhrgebietsstädte Bochum, Gelsenkirchen und Krefeld sowie Wuppertal zu finden. Diese Städte befinden sich weiterhin in einer Abwärtsspirale anhaltenden Arbeitsplatzabbaus und fortschreitender Bevölkerungsverluste, die in erheblichem Maße auf den ausstehenden Strukturwandel dieser Städte zurückzuführen ist.

Insgesamt lässt sich aus den Analysen der Schluss ziehen, dass ein großer Teil der deutschen Städte gut für die Zukunft gerüstet ist, während die Zukunftsaussichten der Städte am unteren Ende unseres Städterankings als ungünstig einzustufen sind.

HWWI/Berenberg-Städteranking



Quelle: siehe Übersicht, S. 31.

1. Einleitung

Weltweit konzentriert sich das Wirtschaftsgeschehen zunehmend auf die Städte. Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass im Jahre 2030 60% der Weltbevölkerung in Städten leben werden, während es im Jahr 2005 nur 50% waren.¹ In Deutschland wird etwa ein Drittel aller Dienstleistungen und Güter in den 30 größten Städten produziert, 27% aller deutschen Arbeitsplätze befinden sich hier und 22% der deutschen Bevölkerung leben in einer dieser Städte.² Aufgrund der ausgeprägten Konzentration von ökonomischen Aktivitäten in Städten sind ihre zukünftigen Entwicklungen von hoher Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland insgesamt. Dabei wird die zukünftige Entwicklung von Städten insbesondere durch die Intensivierung der weltweiten Arbeitsteilung, die zunehmende Internationalisierung ökonomischer Aktivitäten und den fortschreitenden Strukturwandel zu humankapitalintensiven Wirtschaftsbereichen, zu denen forschungsintensive Industrien sowie wissensintensive Dienstleistungen zählen, beeinflusst.³ Welche Anpassungserfordernisse und Wachstumschancen diese Entwicklungen für einzelne Städte mit sich bringen, hängt letztlich von deren Standortbedingungen und ihrer gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur ab. Besonders bedeutsam ist die Attraktivität der Städte für (hoch) qualifizierte Arbeitskräfte. Aufgrund der anstehenden wirtschaftsstrukturellen Veränderungen wird die Nachfrage nach (hoch) qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland zukünftig weiter expandieren.⁴ Die Positionierung in der Konkurrenz um diese Arbeitskräfte bestimmt wesentlich die Wettbewerbsfähigkeit der Städte. Deshalb sind Standortbedingungen, welche die Verfügbarkeit von (hoch) qualifizierten Arbeitskräften positiv beeinflussen, besonders wichtig. Zu diesen zählen insbesondere eine hohe wirtschaftliche Dynamik, gute Bedingungen in den Bereichen »Demografie«, d.h. eine günstige Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, sowie eine gute Positionierung im Hinblick auf »Innovationsfähigkeit und Bildung«. Zudem werden im Zuge der zunehmenden Internationalisierung der Arbeitsmärkte und der weltweiten Verflechtung von Wirtschaftsbeziehungen die »Internationalität« von Städten und ihre »Erreichbarkeit« von steigender Relevanz für die Stadtentwicklung sein.⁵

Die vorliegende Studie befasst sich mit den Rahmenbedingungen für ökonomische Aktivitäten in den 30 größten deutschen Städten. Zunächst werden die demografischen und ökonomischen Entwicklungstrends in diesen Städten in der jüngeren Vergangenheit dargestellt, um deren gegenwärtige ökonomische Leistungsfähigkeit zu skizzieren. Im Anschluss werden die Standortbedingungen zwischen diesen Städten auf Basis ausgewählter Indikatoren für die Bereiche »Demografie«, »Bildung und Innovationsfähigkeit«, »Internationalität« und »Erreichbarkeit« verglichen. Abschließend wird anhand eines »Städterankings«, welches die aktuellen Entwicklungstrends und die Qualität der Standortfaktoren zusammenfasst, bewertet, welche Städte hinsichtlich der analysierten Standortfaktoren gut und welche weniger gut gerüstet erscheinen für die Zukunft.

1 Vgl. United Nations (2006).

2 Berechnungen HWWI auf Basis des Statistischen Bundesamtes (2008a).

3 Vgl. Otto et al. (2007).

4 Vgl. BMBF (2007).

5 Vgl. Niebuhr/Stiller (2004).

2. Demografie und Ökonomie

2.1 Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit

Die Analysen in der vorliegenden Studie beziehen sich auf die 30 größten deutschen Städte, in denen insgesamt 18 Mio. Menschen leben. Zwischen diesen Städten gibt es stark ausgeprägte Größenunterschiede: Während Berlin etwa 3,4 Mio. Einwohner hat, befinden sich unter den 30 größten deutschen Städten insgesamt 21, die weniger als eine halbe Million Einwohner haben, davon zehn Städte mit weniger als 300 Tsd. Einwohnern, unter denen Braunschweig (245 Tsd. Einwohner), Chemnitz (246 Tsd. Einwohner) und Krefeld (237 Tsd. Einwohner) die kleinsten

Die 30 größten deutschen Städte, 2006

Einwohner je km², in Tausend

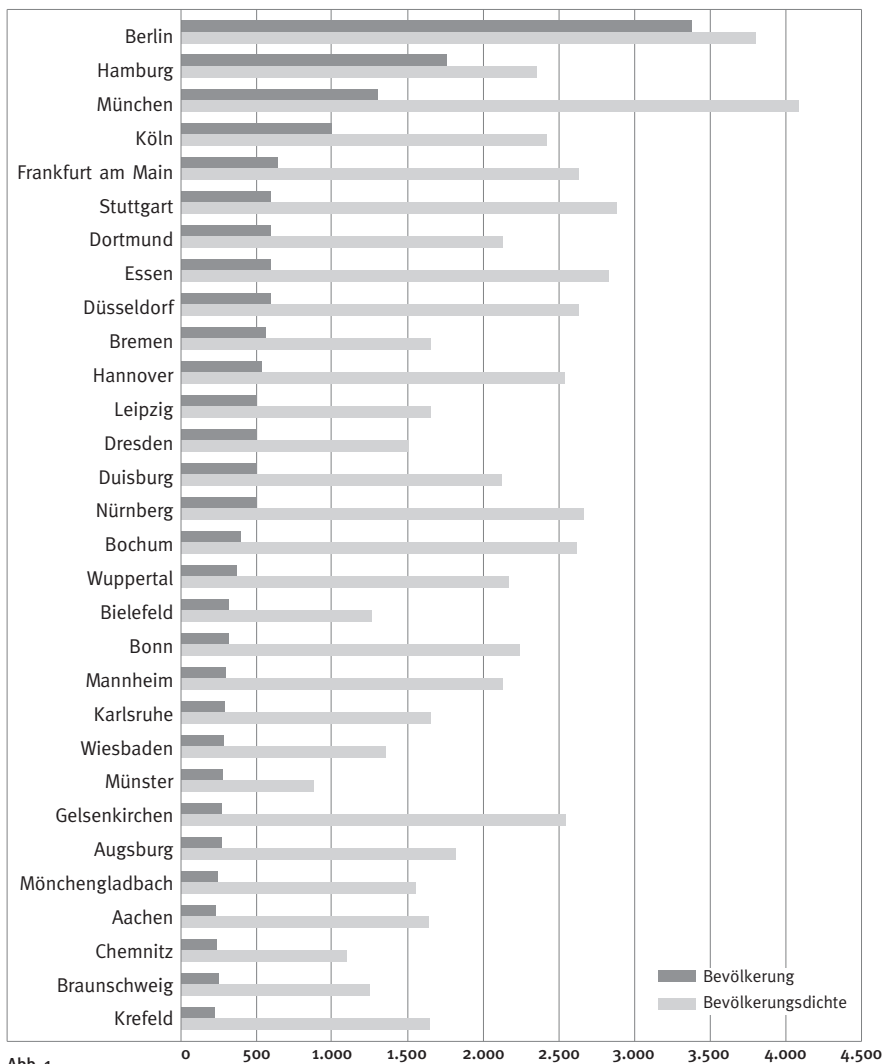


Abb. 1

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008a);
Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2008).

Städte sind (vgl. Abbildung 1). Neben Berlin sind Hamburg (1,75 Mio. Einwohner) und München (1,3 Mio. Einwohner) die einzigen Millionenstädte, während Köln mit 986 Tsd. Einwohnern diese Grenze knapp verfehlt. Die nächstgrößeren Städte sind Frankfurt mit 649 Tsd. und Stuttgart mit 593 Tsd. Einwohnern.

Die 30 größten deutschen Städte und damit die mit ihnen verbundene Wirtschaftskraft sind sehr ungleichmäßig über Deutschland verteilt (vgl. Abbildung 2). So befinden sich unter diesen Städten gerade einmal vier ostdeutsche Städte einschließlich Berlin, während 13 der größten deutschen Städte in Nordrhein-Westfalen zu finden sind. Die wirtschaftsgeografische Lage von Städten ist relevant für ihre ökonomische Entwicklung, weil Regionen u. a. über Dienstleistungs-, Güter- und Arbeitsmärkte miteinander verflochten sind. Aufgrund dieser interregionalen Beziehungen übertragen sich Entwicklungsimpulse – negativer oder positiver Art – zwischen Regionen. Diese räumlichen Entwicklungszusammenhänge sind distanzabhängig und deshalb besonders stark zwischen benachbarten Regionen und Städten ausgeprägt, die vergleichsweise intensive interregionale Verflechtungen aufweisen.⁶ Ceteris paribus entwickelt sich eine Stadt umso besser (schlechter), je höher (niedriger) das ökonomische Wachstum ihrer Nachbarregionen ist. Zudem ist die wirtschaftsgeografische Lage relevant für den Marktzugang und die Erreichbarkeit von Bevölkerungspotenzialen. Städte, die in hoch verdichteten Regionen liegen, haben deshalb im Hinblick auf die »Marktnähe« einen Standortvorteil.

Im Zeitraum von 2000 bis 2005⁷ hatten 20 der betrachteten Städte Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen, wobei es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Siedlungsstruktur und dem Bevölkerungswachstum gab (vgl. Abbildung 3). Relativ kleine oder auch vergleichsweise wenig verdichtete Städte wie beispielsweise Aachen (+5,5%), Bonn (+3,8%), Dresden (+2,8%) und Karlsruhe (+2,5%) konnten ebenso deutlich überdurchschnittliche Bevölkerungszuwächse erzielen wie die drittgrößte Stadt München mit der höchsten Bevölkerungsdichte (+4,4%). Stark ausgeprägte Bevölkerungsverluste und damit eine Abnahme der Bevölkerungsdichte hatten insbesondere Städte im Ruhrgebiet wie Duisburg (-2,8%), Essen (-1,7%), Gelsenkirchen (-4%) und die daran angrenzende Stadt Wuppertal (-2%) zu verzeichnen. Am stärksten ausgeprägt war der Bevölkerungsrückgang in dem betrachteten Zeitraum mit -5,3% in Chemnitz. Wie zahlreiche Regionen in Ostdeutschland hat Chemnitz seit 1990 aufgrund massiver Abwanderung Einwohner verloren (insgesamt 29%), und dieser Trend ist bis zum Jahr 2005 nicht zum Stillstand gekommen. In Dresden und Leipzig, die ebenfalls nach der Wende von Abwanderungen stark betroffen waren, hat sich dieser Trend rückläufiger Bevölkerungszahlen umgekehrt. Sowohl in Leipzig (+1,3%) als auch in Dresden (+2,8%) hat die Einwohnerzahl seit dem Jahr 2000 zugenommen. Außerdem hat Dresden das fünfthöchste Bevölkerungswachstum unter den betrachteten Städten zu verzeichnen.

⁶ Vgl. Funke/Niebuhr (2005).

⁷ Die Zahlen zur Beschreibung der demografischen und ökonomischen Entwicklung beziehen sich alle einheitlich auf den Zeitraum von 2000 bis 2005. Dieser Zeitraum wurde gewählt, weil für die Erwerbstätigenzahlen zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie keine aktuelleren Daten als für das Jahr 2005 auf der Ebene der Städte verfügbar waren.

Die 30 größten Städte Deutschlands



Abb. 2

Quelle: HWWI (2008).

Bevölkerungsentwicklung, 2000 bis 2005

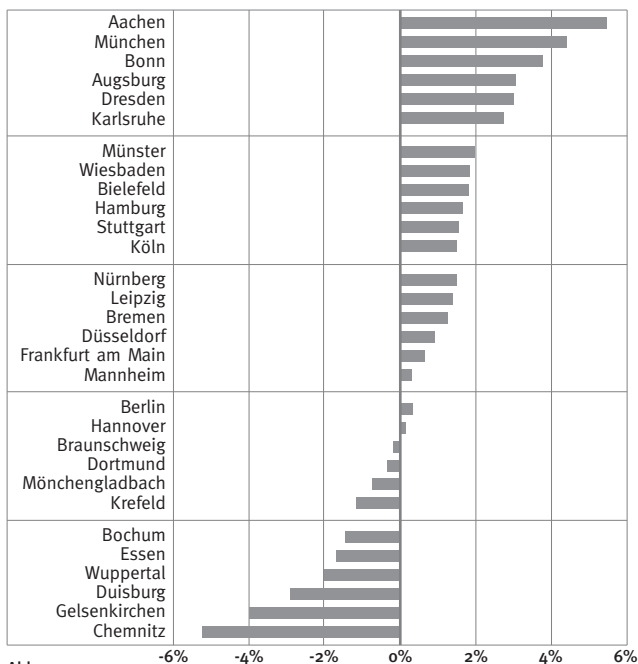


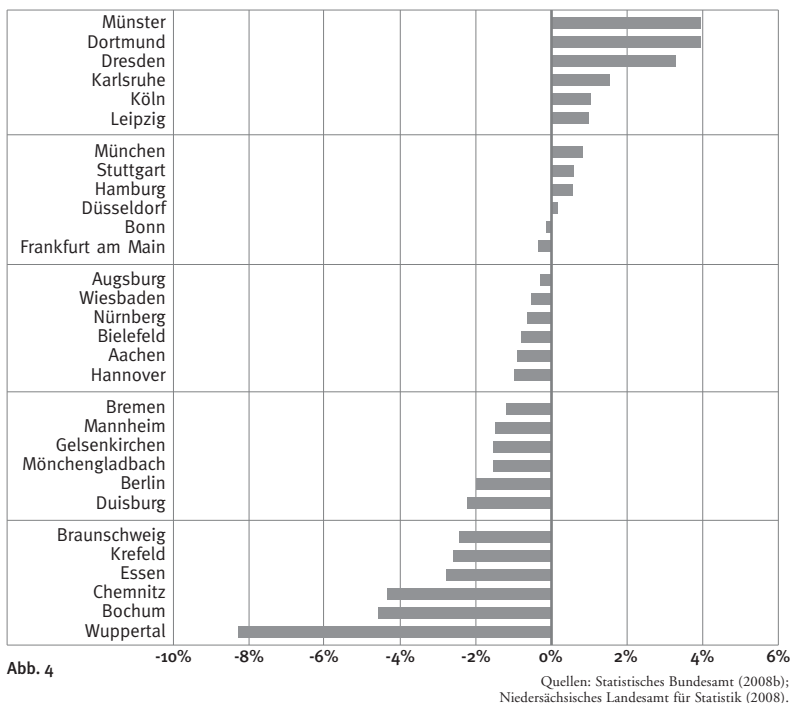
Abb. 3

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008a);
Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2008).

Nach der deutschen Wiedervereinigung kam es zu einer stark räumlich differenzierten Bevölkerungsentwicklung. Diese Differenzierung betraf zum einen Ost- und Westdeutschland, zum anderen die ländlich peripheren Regionen auf der einen Seite und die verdichteten Agglomerationsräume auf der anderen Seite. Dies ist ökonomisch relevant, weil es zahlreiche direkte Zusammenhänge zwischen demografischer und ökonomischer Entwicklung gibt.⁸ Das Bevölkerungswachstum und die Altersstruktur der Bevölkerung beeinflussen die Ökonomie über die regionale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die Bedingungen für die Bereitstellung von Infrastruktur (Schulen, kulturelle Einrichtungen, ÖPNV etc.) und die Immobilienmärkte. Weil die Bevölkerungsgröße und ihre Struktur relevant sind für das qualitative und quantitative Arbeitsangebot, haben die demografischen Bedingungen zudem erhebliche Bedeutung für den Arbeitsmarkt. So geht das Erwerbspersonenpotenzial bei konstanten Erwerbsquoten zurück, wenn der Umfang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abnimmt. Als Folge hieraus treten dann Engpässe auf dem Arbeitsmarkt auf, wenn der Arbeitskräftebedarf nicht entsprechend rückläufig ist.

⁸ Vgl. zu den Zusammenhängen zwischen demografischer und ökonomischer Entwicklung Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2004).

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, 2000 bis 2005



Ein wichtiger Aspekt für die Erklärung differierender Bevölkerungsentwicklungen zwischen Regionen sind Unterschiede in der Situation der regionalen Arbeitsmärkte, welche auch die Attraktivität von Städten für Zu- und Abwanderungen beeinflussen.⁹ Die Arbeitsmarktbedingungen und die Zahl der Erwerbstätigen in den deutschen Städten haben sich im Zeitraum von 2000 bis 2005 sehr unterschiedlich entwickelt (vgl. Abbildung 4). Dortmund und Münster haben bei der Zahl der Erwerbstätigen ein Plus von 4 Prozent aufzuweisen, und in Dresden hat deren Zahl in diesem Zeitraum um 3,2 Prozent zugenommen. Der positiven Arbeitsmarktentwicklung in diesen Städten stehen Rückgänge der Erwerbstätigenzahlen von -8,3 Prozent in Wuppertal, -4,6 Prozent in Bochum und -4,5 Prozent in Chemnitz gegenüber. Diese drei Städte waren somit von überdurchschnittlichen Rückgängen der Erwerbstätigen- sowie der Bevölkerungszahlen betroffen, wobei diese Entwicklungen sich gegenseitig verstärkt haben könnten.

⁹ Vgl. Burkert et al. (2007).

Produktivitätsentwicklung,* 2000 bis 2005

*BIP pro Erwerbstätigen

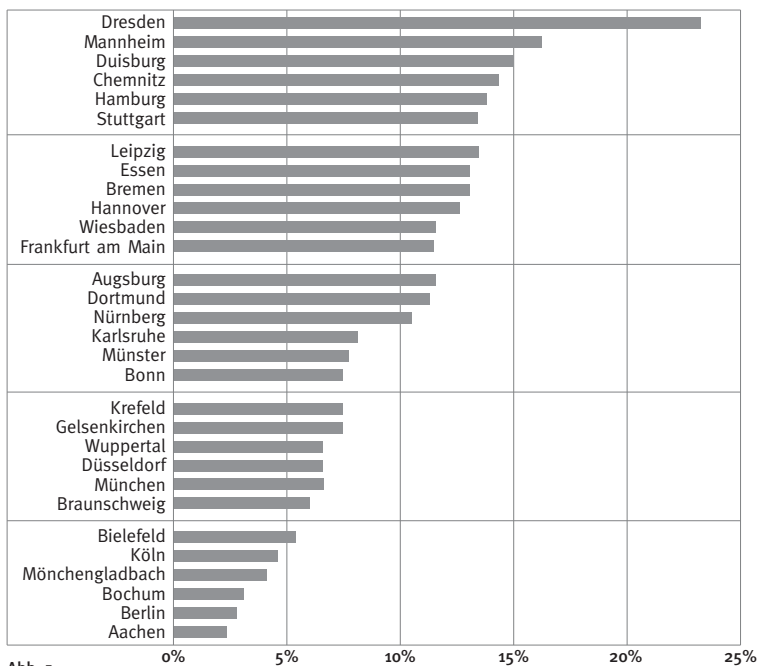


Abb. 5

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008b).

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen im Zuge der sich verändernden Standortkonkurrenz und Wettbewerbsposition der deutschen Städte führt zu einer zunehmenden Spezialisierung auf höherwertige Wirtschaftsbereiche und geht in der Regel einher mit Produktivitätszuwächsen. Das heißt, im Durchschnitt nimmt das von einem Erwerbstätigen produzierte BIP zu. Aus ökonomischer Sicht ist die Produktivitätsentwicklung ein wichtiger Maßstab für die Beurteilung der Entwicklung der Standortbedingungen, weil sie als ein Indikator für die technologische Leistungsfähigkeit betrachtet werden kann. Bei dem Vergleich des Produktivitätswachstums zwischen den Städten ist allerdings zu berücksichtigen, dass aufgrund sehr unterschiedlicher Ausgangsbedingungen im Hinblick auf die Wirtschaftsstrukturen sowie die technologische Leistungsfähigkeit die Produktivitätsentwicklung in einzelnen Städten von unterschiedlichen standortspezifischen Faktoren beeinflusst wird. So lag das Produktivitätsniveau im Jahr 2005 in den ostdeutschen Städten im Durchschnitt aufgrund ihrer spezifischen Wirtschaftsgeschichte weiterhin deutlich unterhalb des Niveaus vieler westdeutscher Städte (vgl. Abbildung 5). So beträgt die Produktion pro Erwerbstätigen in Hamburg rund 79 Tsd. Euro, 83 Tsd. Euro in Frankfurt und 72 Tsd. Euro in München. Dagegen lag die Produktivität in Chemnitz sowie in Leipzig bei 44 Tsd. Euro und bei 50 Tsd. Euro in Dresden.

Betrachtet man die Entwicklung seit dem Jahr 2000, so lässt sich kein genereller Trend im Hinblick auf die Angleichung der Produktivitätsniveaus zwischen den Städten feststellen: Relativ wenig produktive Städte realisieren nicht systematisch einen höheren Produktivitätszuwachs als vergleichsweise produktive Städte. Die relativ niedrige Produktivität in Berlin und Aachen hat sich im Analysezeitraum kaum erhöht. Ein stark ausgeprägter Aufholprozess im Hinblick auf die Produktivität zeigt sich hingegen in Dresden: Mit +23,2 Prozent im Zeitraum von 2000 bis 2005 ist die Produktivität hier so stark gewachsen wie in keiner der anderen betrachteten Städte (vgl. Abbildung 6), und es wurden gleichzeitig Zuwächse bei den Erwerbstätigenzahlen realisiert. Darauf folgen Mannheim (+16,2%) und Duisburg (+15,1%) mit ebenfalls stark überdurchschnittlichen Produktivitätszuwächsen, während allerdings im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Städten abgenommen hat.

Produktivitätsentwicklung

Wachstum des BIP
pro Erwerbstätigen,
2000 bis 2005

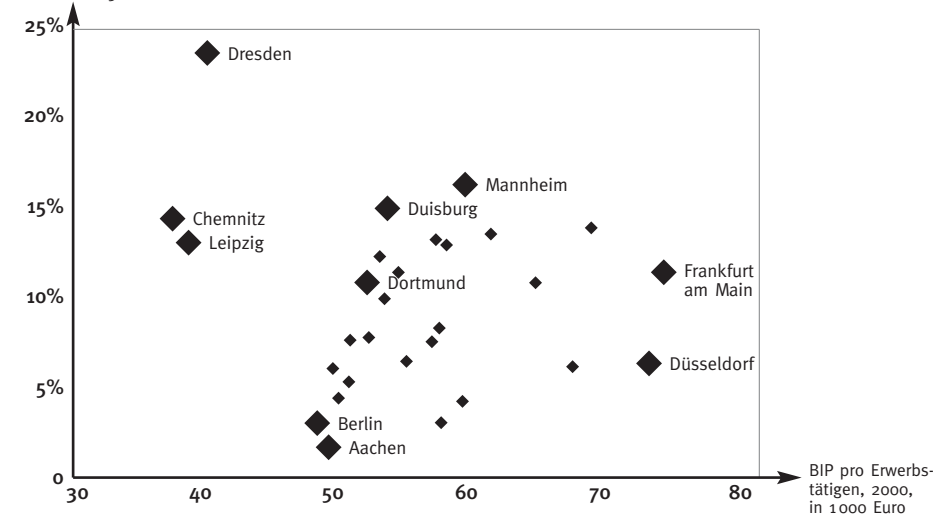


Abb. 6

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008b); Berechnungen HWWI.

2.2 Bevölkerungsprognose

In den kommenden Jahren wird die Bevölkerung insgesamt und besonders die erwerbsfähige Bevölkerung in Deutschland abnehmen.¹⁰ Hiervon werden einzelne deutsche Städte und Regionen sehr unterschiedlich betroffen sein. So unterscheiden sich ihre gegenwärtige Altersstruktur, die Fertilitätsraten und auch die Wanderungssalden. Die Einwohnerzahl einer Stadt nimmt in einem bestimmten Zeitabschnitt zu, wenn die Summe der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten abzüglich Sterbefälle) und der Wanderungsbilanz (Zuwanderung abzüglich Abwanderung) positiv ausfällt. In fast allen deutschen Städten wird der natürliche Bevölkerungssaldo zukünftig zunehmend negativ werden aufgrund seit Jahrzehnten niedriger Fertilitätsraten. In der regionalisierten Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) wird zwar die Annahme getroffen, dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau bis zum Jahre 2020 im Durchschnitt aller deutschen Regionen leicht ansteigen wird. Sie wird aber auch weiterhin deutlich unterhalb von durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau bleiben, welches das erforderliche Niveau ist, damit eine Elterngeneration ihre Müttergeneration ersetzt. Unter diesen Bedingungen sind für viele Städte ein Rückgang ihrer Bevölkerung sowie die Alterung der Bevölkerung vorprogrammiert. Wie sich die demografische Entwicklung in den einzelnen Städten zukünftig

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2006).

Wanderungsprognose, 2003 bis 2020

Angaben in Tausend

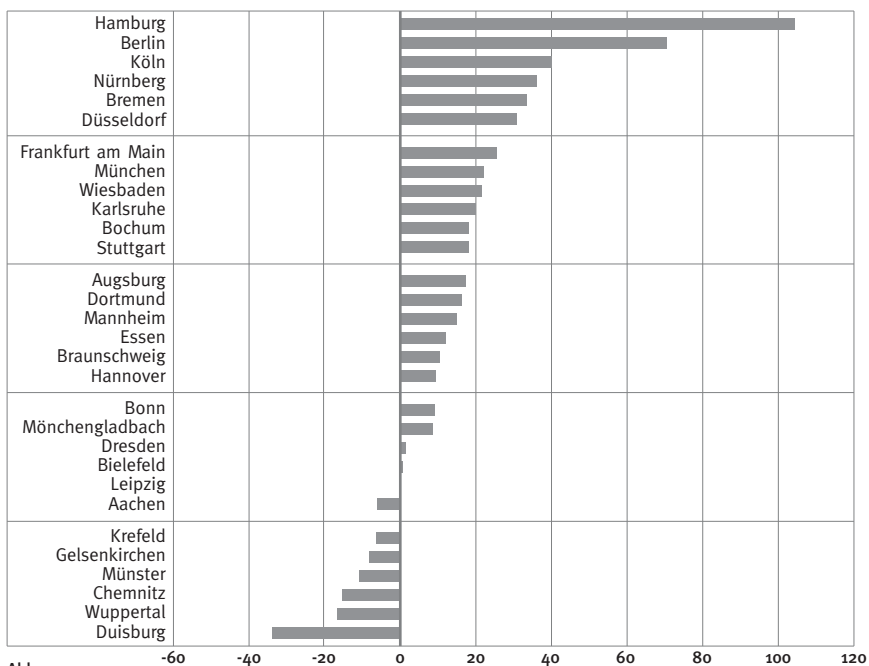


Abb. 7

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006).

**Entwicklung der Bevölkerung insgesamt und der erwerbstätigen Bevölkerung,
Ende 2006 bis 2020** Angaben in Prozent

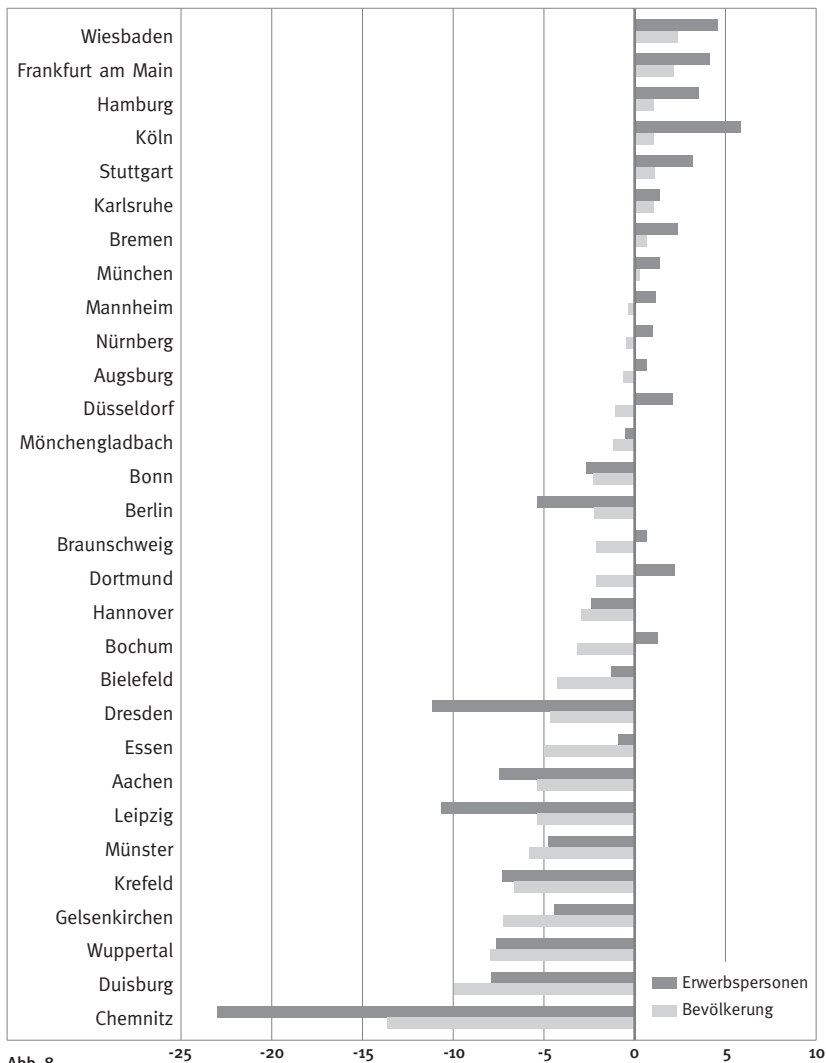


Abb. 8

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006).

darstellen wird, hängt deshalb entscheidend davon ab, wie viele Menschen aus anderen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland zuziehen beziehungsweise aus der jeweiligen Stadt abwandern. Hinsichtlich der Entwicklung der Wanderungssalden für die deutschen Städte ergibt die BBR-Prognose ein sehr differenziertes Bild (vgl. Abbildung 7), wobei insbesondere die größten deutschen Städte zukünftig hohe Wanderungsgewinne realisieren könnten. Die höchsten Zuwanderungssalden werden für Hamburg (104 Tsd.), Berlin (70 Tsd.) und Köln (40 Tsd.) pro-

gnostiziert. Und unter den betrachteten ostdeutschen Städten ergibt sich auch für Dresden ein leicht positiver Zuwanderungssaldo. Auffallend sind zudem im Vergleich zu ihrer Größe die stark ausgeprägten prognostizierten Zuwanderungssalden in Karlsruhe und Wiesbaden, die in diesen Städten fast 6,8 Prozent bzw. 8,1 Prozent zur Bevölkerung im Jahre 2006 betragen. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse der BBR-Prognose, dass Zuwanderung eine wesentliche Determinante der zukünftigen Stadtentwicklung sein wird. Entsprechend den regionalisierten Bevölkerungsprognosen des BBR werden sich die zukünftigen Entwicklungen der Bevölkerung und der Erwerbspersonen – und damit die Ausstattung der Städte mit Arbeitskräften – zwischen den deutschen Städten deutlich unterscheiden (vgl. Abbildung 8).

Im Prognosezeitraum bis 2020 sagt die BBR-Prognose nur für sieben der analysierten Städte einen Bevölkerungszuwachs voraus. Und die Spanne der prognostizierten Entwicklungen reicht von +2,4 Prozent (Wiesbaden) und +1,9 Prozent (Frankfurt) bis -8,1 Prozent (Wuppertal), -10 Prozent (Duisburg) und -13,4 Prozent (Chemnitz). Für viele der Städte setzen sich in diesen Prognosen die Trends der Jahre 2000 bis 2005 fort. Es gibt aber auch Ausnahmen, wie beispielsweise Dresden und Aachen, wo sich die Bevölkerungszahlen in der jüngeren Zeit anders entwickelt haben, als für die mittlere Frist in der BBR-Prognose vorhergesagt wird. Generell ist im Hinblick auf die prognostizierten regionalen demografischen Trends zu berücksichtigen, dass regionale Bevölkerungsprognosen große Unsicherheiten bergen. Dabei lässt sich das Fertilitätsverhalten, welches im Verlauf der letzten Jahrzehnte relativ konstant war, relativ gut prognostizieren. Im Gegensatz dazu variieren die Wanderungssalden der Städte im Zeitablauf stark. Insofern sind die jeweiligen Bevölkerungsprognosen, die auf einer bestimmten Projektion zur Wanderungsentwicklung basieren, als ein mögliches Szenario der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung zu betrachten. Dieses zeichnet dennoch einen Trend ab, weil der Altersaufbau und die Besetzung der Altersklassen einer Stadtbevölkerung im Basisjahr der Prognose wesentliche Determinanten ihrer zukünftigen Entwicklung sind.

Ein Indikator für potenzielle Unterschiede der wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels zwischen den Städten ist die Entwicklung des Umfangs der Erwerbspersonen (vgl. Abbildung 8), welche die Verfügbarkeit von Arbeitskräften beeinflusst. Deutliche Zuwächse bei den Erwerbspersonen gäbe es entsprechend den Prognosen des BBR in Köln (+5,8%), Wiesbaden (+4,4%), Frankfurt (+3,7%), Hamburg (+3,2%) und Stuttgart (+3%). In zahlreichen Städten wird die Entwicklung der Erwerbspersonen bis 2020 hingegen deutlich negativ ausfallen. Dies könnte entsprechend der BBR-Prognose sowohl für Dresden und Leipzig (vgl. Abbildung 8) mit einer Abnahme der Erwerbspersonen um -11 Prozent als auch Chemnitz mit -23 Prozent zutreffen. Für die ostdeutschen Städte ist dieser Rückgang das Resultat aus Abwanderungen in der Vergangenheit und niedrigen Fertilitätsraten, die zu einem relativ hohen Durchschnittsalter der gegenwärtigen Bevölkerung geführt haben, und der sehr schwachen Besetzung von den in den 1990er-Jahren geborenen Menschen. In Westdeutschland könnten die demografischen

Entwicklung der Bevölkerung unter 20 Jahren, Ende 2006 bis 2020

Angaben in Tausend

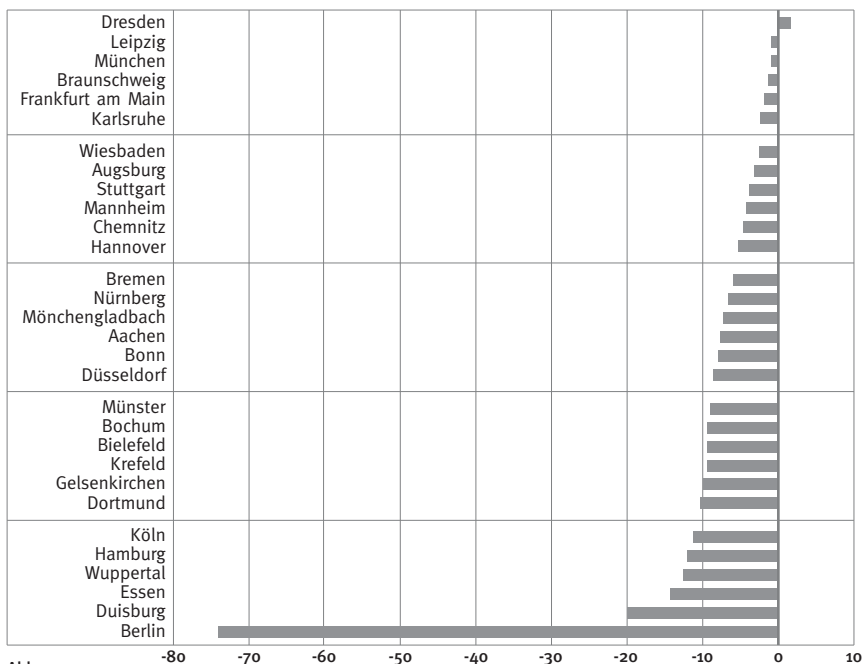


Abb. 9

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006).

Entwicklungstrends insbesondere in den Städten im Ruhrgebiet und Wuppertal zu einem weiteren Rückgang der Erwerbspersonen führen.

Erhebliche Effekte auf die Stadtentwicklung dürfte auch die Entwicklung der Bevölkerung unter 20 Jahren haben. Deren Umfang ist u.a. relevant für den Bedarf an Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur. In Städten, in denen beispielsweise der Bedarf an Bildungsinfrastruktur zurückgeht, lassen sich zwar durch das Schließen von Schulen Kostenersparnisse realisieren. Gleichzeitig reduziert sich hierdurch jedoch auch die Vielfalt im schulischen und vorschulischen Bereich sowie das Freizeitangebot für Jugendliche (Kultur und Sport), was in Abhängigkeit von den jeweiligen Strukturen einer Stadt negative Konsequenzen für die Qualität der Bildungsinstitutionen, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems und die weichen Standortfaktoren (»Lebensqualität«) haben kann. Zudem ist die Entwicklung der Bevölkerung unter 20 Jahren ein Indikator für das »Elternpotenzial« zukünftiger Generationen. Diese Bevölkerungsgruppen werden in zahlreichen Städten ganz massiv zurückgehen, insbesondere in Berlin (vgl. Abbildung 9). Hingegen wird sie entsprechend der BBR-Prognose in Dresden leicht zunehmen, was als ein deutlich positiver demografischer Trend für diese Stadt zu bewerten ist.

3. Standortfaktoren

3.1 Überblick

Generell werden die Standortwahl von Unternehmen und die Entscheidung von Menschen, in einer bestimmten Region oder Stadt zu leben, von zahlreichen Standortfaktoren beeinflusst. Auf der Grundlage vorliegender empirischer Studien über die Relevanz verschiedener Standortfaktoren lässt sich allerdings weder eine eindeutig abgegrenzte Gruppe zu berücksichtigender Einflussfaktoren bilden noch eine Rangfolge der Standortdeterminanten aufstellen, sodass ein Vergleich von Standortbedingungen immer nur einen Ausschnitt aller relevanten Aspekte der Standortqualität abbilden kann. Im Folgenden werden die Standortbedingungen der Städte im Hinblick auf:

- Bildung und Innovationsfähigkeit,
- Internationalität und
- Erreichbarkeit von europäischen Agglomerationen

verglichen. Ziel dieser Analyse und des sich anschließenden Rankings ist es zu beurteilen, welche Städte eine eher günstige Kombination von Standortfaktoren aufweisen und wo die Standortbedingungen in den untersuchten Bereichen eher als ungünstig einzustufen sind.

Die Auswahl der betrachteten Standortfaktoren für den Vergleich der deutschen Städte trägt insbesondere dem fortschreitenden Strukturwandel zu wissensbasierten Tätigkeiten in Deutschland Rechnung. Im Zuge des weiter expandierenden Dienstleistungsbereichs und der Technisierung werden immer weniger Arbeitsplätze im Bereich der niedrig qualifizierten Tätigkeiten angesiedelt sein.¹¹ Von zunehmender Bedeutung für die Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs werden deshalb Arbeitskräfte mit akademischem Abschluss sein. Insgesamt dürften also jene Städte am besten für die Erfüllung des Arbeitskräftebedarfs der Zukunft gerüstet sein, die eine gut ausgebildete Bevölkerung und ein leistungsfähiges Bildungssystem haben.

Die zunehmende Bedeutung von »Wissen« für den ökonomischen Erfolg von Städten wird auch im Zusammenhang mit dem Konzept der kreativen Städte diskutiert. Dieser Ansatz zur Erklärung urbanen Wachstums ist durch die Arbeiten des amerikanischen Ökonomen Richard Florida (2002) inspiriert worden, der die Bedeutung von »Talent«, »Technologie« und »Toleranz« für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Städten herausstellt. Seine zentrale Hypothese ist, dass Städte, die günstige Standortbedingungen hinsichtlich der »drei Ts« aufweisen, kreative Menschen anziehen, was die Entwicklung des kreativen Sektors (zu diesem zählen u.a. Tätigkeiten in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Kultur, Kunst, Musik, Design sowie wissensbasierte Berufe in den Bereichen Gesundheit, Finanzen und Recht) fördert.¹² Florida argumentiert, dass Zuwanderung die »Diversität« (Mischung von sozialem, kulturellem Kapital sowie Humankapital) von Städten erhöht, was weitere kreative Menschen anzieht und zu einem sich selbst verstärkenden Wachstumsprozess dieser Städte führen kann. In diesem Zusammenhang wird auch zunehmend die Bedeutung der Internationalität (der national-ethnischen Vielfalt) der

¹¹ Vgl. Otto et al. (2007) und Bonin et al. (2007).

¹² Für eine Studie zur Bedeutung kreativer Wirtschaftsbereiche in den deutschen Regionen vgl. Fritsch/Stützer (2007).

Bevölkerung und der Erwerbsbevölkerung betont, welche die Attraktivität von Standorten für Zuwanderer positiv beeinflusst. Die Internationalität eines Standortes ist beispielsweise auch dann bedeutsam, wenn infolge einer Standortentscheidung hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit dem Unternehmenssitz aus dem Ausland zuwandern müssen oder das Unternehmen Arbeitskräfte auf dem nationalen oder internationalen Arbeitsmarkt anwerben muss.

Ein weiteres Kriterium für die Auswahl der betrachteten Indikatoren ist, dass die geografische Dimension des relevanten Marktgebietes in Europa aufgrund der zunehmenden internationalen Verflechtungen von wirtschaftlichen Aktivitäten – der Internationalisierung – während der vergangenen Jahrzehnte stetig gewachsen ist, sodass die Bedeutung des gesamten europäischen Marktes gegenüber den nationalen Märkten gestiegen ist.¹³ Die räumliche Nähe zu Kunden, Lieferanten und Kooperationspartnern, also klassische Agglomerationsvorteile, werden in Deutschland als wichtiger Standortvorteil angeführt.¹⁴ Deshalb ist die Verkehrsinfrastruktur nach wie vor für bestimmte Wirtschaftsbereiche in Europa ein dominierender Standortfaktor, etwa für Transportunternehmen. Besondere Bedeutung wird dabei der Erreichbarkeit von Flughäfen beigemessen, die eine gute Anbindung an andere große Wirtschaftszentren in Europa ermöglicht. So ist beispielsweise für Unternehmenszentralen die Nähe eines internationalen Flughafens ein Standortaspekt von höchster Priorität.¹⁵

3.2 Bildung und Innovationsfähigkeit

Hinsichtlich des Bildungsniveaus der Beschäftigten und der Bevölkerung zeigen sich zwischen den deutschen Städten stark ausgeprägte Unterschiede (vgl. Abbildung 10). Während in Gelsenkirchen, Hamburg, Leipzig und Nürnberg mehr als 10 Prozent der Schulabgänger nicht einmal einen Hauptschulabschluss erreichen, liegt dieser Anteil in Aachen und Bonn bei 5,5 Prozent bzw. 5,6 Prozent. Ähnlich starke Disparitäten gibt es auch bei den Schulabgängern mit Hochschulreife: Diese erreichen in Bonn und Münster rund 42 Prozent, während es in Gelsenkirchen und Nürnberg gerade einmal halb so viele Abiturienten sind. Weil die Anzahl von Menschen mit Hochschulreife als ein Indikator für das regionale Akademikerpotenzial herangezogen werden kann, lässt sich aus den gegenwärtigen Unterschieden bei den höchsten erreichten Schulabschlüssen für die deutschen Städte feststellen, dass die Ausstattung mit der Schlüsselressource »Wissen« und die zukünftigen Perspektiven für die Ausstattung mit (hoch) qualifizierten Arbeitskräften sehr unterschiedlich sind. Dies betrifft auch die Position der Städte im Hinblick auf die Realisierung von Wachstumspotenzialen im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Strukturwandel zu wissensintensiven Wirtschaftsbereichen. Ungünstig im Hinblick auf diesen Aspekt ist die Position der altindustriellen Städte im Ruhrgebiet, beispielsweise in Gelsenkirchen und Duisburg, wo gerade einmal 5,5 Prozent bzw. 5,9 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (hoch) qualifiziert sind (vgl. Abbildung 10), zu bewerten. In Dresden hingegen ist

¹³ Vgl. Niebuhr/Stiller (2004).

¹⁴ Niebuhr/Stiller (2004).

¹⁵ Vgl. Niebuhr/Stiller (2004).

Bildungsniveau

	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in %, 2004	Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife in %, 2004	Anteil der Beschäftigten mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, 2005
Aachen	5,6	35,8	19,5
Augsburg	9,9	26,3	10,4
Berlin	10,5	32,1	14,0
Bielefeld	5,6	27,2	10,7
Bochum	8,1	30,2	11,1
Bonn	5,5	42,4	21,9
Braunschweig	6,4	27,0	16,1
Bremen	9,8	26,7	12,2
Chemnitz	10,4	27,3	16,5
Dortmund	8,9	26,0	9,8
Dresden	8,7	32,9	21,5
Duisburg	8,9	22,4	5,9
Düsseldorf	7,4	30,7	14,9
Essen	8,7	31,1	10,5
Frankfurt am Main	9,1	34,2	17,1
Gelsenkirchen	10,8	21,1	5,5
Hamburg	11,3	31,5	12,1
Hannover	7	21,2	11,1
Karlsruhe	7,5	31,6	16,9
Köln	7,3	29,4	14,8
Krefeld	9,1	26,0	9,2
Leipzig	12,1	30,6	17,6
Mannheim	10,1	21,9	12,1
Mönchengladbach	7,8	26,1	7,2
München	9,4	27,6	19,5
Münster	6,2	42,4	17,7
Nürnberg	13,9	20,3	11,2
Stuttgart	8,8	32,6	18,2
Wiesbaden	10,3	36,3	14,1
Wuppertal	10,1	25,5	8,0

Abb. 10

Quellen: siehe Übersicht, S. 31.

dieser Anteil viermal so hoch wie in Gelsenkirchen. Das Bildungsniveau der Beschäftigten ist von hoher Bedeutung für die Fähigkeit der Beschäftigten, Innovationen sowie technologische Neuerungen hervorzubringen und zu adaptieren. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für den Strukturwandel zur »Wissensökonomie«. Gleichzeitig ist die Qualifikation der Bevölkerung relevant für die Innovationsfähigkeit auf der Ebene der Unternehmen. Ein wichtiger Indikator für den »Innovationsoutput« sind die Patentanmeldungen. Abbildung 11 zeigt deutliche Disparitäten der Patentleistungen zwischen den Städten. Städte mit unterdurchschnittlichen Anteilen von (hoch) qualifizierten Beschäftigten an allen Beschäftigten weisen sehr geringe Patenterfolge auf (u.a. Duisburg, Gelsenkirchen und Mönchengladbach). Aachen, Dresden, München und Stuttgart, die ein sehr hohes durchschnittliches Qualifikationsniveau der Beschäftigten aufweisen, sind dagegen überdurchschnittlich erfolgreich im Hinblick auf Patente.

Patente und hoch qualifizierte Beschäftigte, 2005

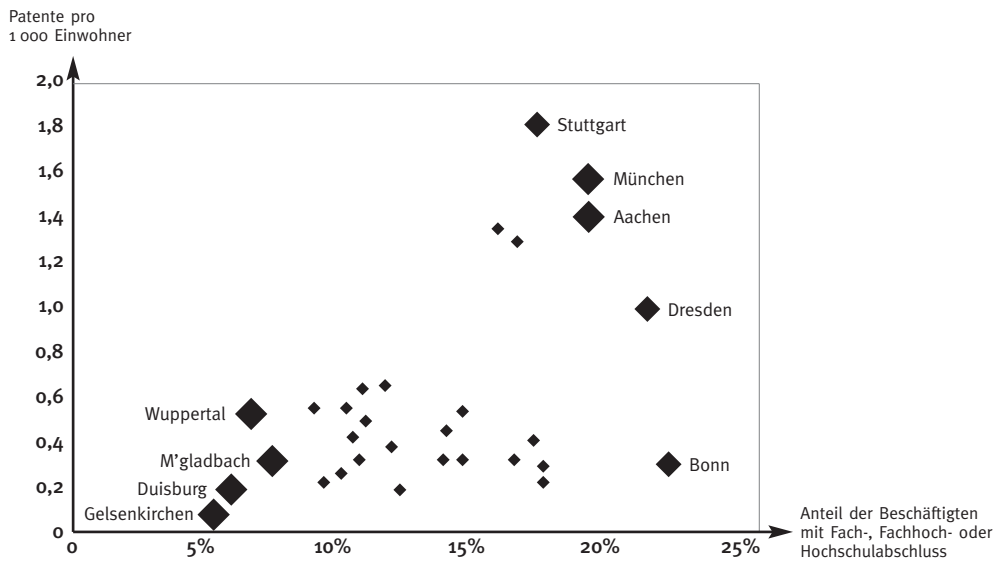


Abb. 11

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008a);
Deutsches Patent- und Markenamt (2006).

3.3 Internationalität

Mit dem Attribut »Internationalität« werden Eigenschaften von Städten beschrieben, die ihre internationalen Funktionen (beispielsweise im Bereich Bildung, Logistik und Tourismus) und ihre nationale Zusammensetzung betreffen. Internationalität ist bereits gegenwärtig ein prägendes Merkmal zahlreicher deutscher Großstädte. Diese weisen eine besonders hohe Konzentration von Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft auf. So lebt in Deutschland allein in den sechs größten Städten ein Fünftel der gesamten ausländischen Bevölkerung Deutschlands, während dort nur knapp 10 Prozent aller deutschen Staatsbürger leben.¹⁶

Die Bedeutung der Internationalität von Stadtgesellschaften und internationaler Funktionen von Städten wird zukünftig – im Zuge der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung und des sich dynamisch entwickelnden Welthandels – weiterhin an Bedeutung gewinnen. Im Folgenden werden in diesem Zusammenhang drei Indikatoren betrachtet, für die bezüglich der Städte vergleichbare Daten vorliegen. Diese sind der Anteil ausländischer Studierender an allen Studierenden, der Anteil ausländischer Beschäftigter an allen Beschäftigten und die Anzahl der Übernachtungen von Ausländern im Fremdenverkehr bezogen auf die Bevölkerung. Ferner ist die »Erreichbarkeit«, die unter 3.4 dargestellt wird, ein wichtiger Indikator für die Positionierung einer Stadt im Hinblick auf die Übernahme von internationalen Dienstleistungsfunktionen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass »Internationalität« generell von zahlreichen weiteren Aspekten beeinflusst wird, die nicht in ihrer Gesamtheit quantitativ erfasst werden können. Dies ist bei der Interpretation der Daten in der vorliegenden Studie zu berücksichtigen.

Gegenwärtig stellt sich die Teilnahme von Ausländern am Bildungswesen in den Städten sehr unterschiedlich dar. Am höchsten ist der Anteil ausländischer Studenten in Stuttgart (21%), Krefeld (20,4%) und Frankfurt am Main (19,7%), die mit 23,7 Prozent, 13,3 Prozent und 21,6 Prozent auch einen überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsanteil von Ausländern aufweisen. Deutlich unterdurchschnittlich ist der Ausländeranteil unter den Studenten in den ostdeutschen Städten (mit Ausnahme von Berlin), aber auch in Bielefeld (9,2%) und Münster (8,2%), wo vergleichsweise wenig ausländische Menschen leben. Die Attraktivität des Bildungssystems der Städte für ausländische Studierende wird zukünftig aufgrund des zunehmenden Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften an Bedeutung gewinnen. Denn die Ausstattung von Städten mit hoch qualifizierten Arbeitskräften resultiert nicht nur aus der Ausbildung der inländischen Bevölkerung, sondern auch aus der Ausbildung von ausländischen Personen. Dies können dauerhaft im Inland lebende Studenten sein und auch ausländische Studenten, die zum Zweck des Studiums in eine bestimmte Stadt wandern. Das amerikanische Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, ausländische Studenten durch attraktive Ausbildungsangebote zur Zuwanderung zu motivieren. In den USA bleibt die Hälfte aller ausländischen Doktoranden nach ihrem Abschluss für einige

¹⁶ Vgl. Damelang et al. (2007).
¹⁷ Vgl. Straubhaar (1999).

Zeit oder dauerhaft in den USA und erhöht dort das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften.¹⁷ Zudem werden ausländische Studenten in den kommenden Jahrzehnten, insbesondere vor dem Hintergrund des abnehmenden Akademikerpotenzials, an zahlreichen Hochschulstandorten eine zunehmende Bedeutung erlangen.¹⁸ Sie können dazu beitragen, eine »kritische Masse« zu erreichen, die zur Aufrechterhaltung von bestimmten Studiengängen oder Hochschulstandorten erforderlich ist.

Die grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich die potenziellen positiven ökonomischen Effekte im Zusammenhang mit Zuwanderung regional entfalten können, ist die Teilnahme von Zuwanderern am Wirtschaftsleben, insbesondere ihre Arbeitsmarktintegration. In Frankfurt am Main, Stuttgart und München liegt der Anteil der ausländischen Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 14 und 15 Prozent (vgl. Abbildung 12), somit am höchsten unter allen betrachteten Städten. Allgemein kann festgehalten werden, dass diese drei Städte bereits auf eine lange Historie der Zuwanderung von Industriearbeitern zurückblicken. Deshalb hat in diesen Städten die Beteiligung von ausländischen Arbeitskräften am Wirtschaftsleben ein überdurchschnittlich hohes Gewicht.¹⁹ In Dresden und Leipzig haben hingegen lediglich etwas mehr als 1 Prozent der Beschäftigten eine ausländische Nationalität. Auch in Berlin sind nur etwa 6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ausländer. Im Ostteil Berlins hat, ebenso wie in Leipzig und Dresden, seit der Maueröffnung erst eine vergleichsweise geringe Internationalisierung unter den Arbeitskräften stattgefunden. Die verschiedenen Zuwanderungstraditionen der deutschen Städte haben zur Folge, dass die Erfahrungen hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in den 30 größten deutschen Städten sehr unterschiedlich sind. Zudem variiert das Qualifikationsniveau zwischen den ausländischen Beschäftigten in den einzelnen Städten erheblich, was ihre Potenziale für die Arbeitsmarktintegration beeinflusst. Während in Stuttgart 45,8 Prozent und in Frankfurt 39 Prozent der ausländischen Beschäftigten einen sekundären oder tertiären Bildungsabschluss haben, sind es in Berlin nur 29 Prozent.²⁰

Bei der Anzahl der Übernachtungsgäste aus dem Ausland liegt Frankfurt, ebenso wie bei den anderen Indikatoren zur Internationalität, weit vorn. Das Gleiche trifft im Wesentlichen auch auf Berlin, Düsseldorf, Köln und München zu. Diese Städte sind auch nach einem Ranking der BBR die fünf deutschen Städte, in denen die Internationalitätsfunktionen am stärksten ausgeprägt sind.²¹ Bei den Übernachtungszahlen von Gästen aus dem Ausland schneiden Bochum, Gelsenkirchen und Wuppertal stark unterdurchschnittlich ab. Leipzig und insbesondere Dresden befinden sich hier bereits unter den Städten, die durchschnittlich stark von Gästen aus dem Ausland besucht werden. Die zunehmende Attraktivität einer Stadt für Gäste aus dem Ausland leistet einen Beitrag zur Internationalität im Bereich Tourismus, der Rückwirkungen auf zahlreiche mit dem Tourismus verknüpfte Wirtschaftsbereiche hat.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es für die betrachteten »Internationalitäts-Indikatoren« erhebliche Disparitäten zwischen den deutschen Städten gibt. Während beispielsweise Frankfurt,

18 Vgl. KMK (2006).

19 Vgl. Plahuta (2007).

20 Vgl. Damelang et al. (2007).

21 Vgl. Rozenblat/Cicille (2004). In dieser Analyse erreicht Berlin 55 Punkte, München 52 Punkte, Köln 50 Punkte, Frankfurt 46 Punkte und Düsseldorf 45 Punkte (Platz 1: Paris mit 81 Punkten).

**Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort, 2005;
Anteil ausländischer Studierender, 2004 und
Anzahl der ausländischen Übernachtungen im
Fremdenverkehr, 2005**

	Anteil ausländischer Studierender, 2004, in %	Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort, 2005, in %	Anzahl der ausländischen Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner, 2005
Aachen	18,8	11,3	0,82
Augsburg	12,9	9,7	0,48
Berlin	14,6	6,1	1,48
Bielefeld	9,2	7,2	0,27
Bochum	13,9	7,0	0,17
Bonn	15,5	7,6	0,83
Braunschweig	12,0	3,9	0,29
Bremen	16,5	5,9	0,49
Chemnitz	6,7	0,8	0,18
Dortmund	15,8	7,2	0,22
Dresden	8,7	1,5	0,89
Duisburg	19,3	9,3	0,13
Düsseldorf	17,2	9,9	1,89
Essen	14,3	6,5	0,29
Frankfurt am Main	19,7	14,6	3,53
Gelsenkirchen	8,6	6,8	0,13
Hamburg	12,9	7,7	0,75
Hannover	15,6	6,6	0,64
Karlsruhe	17,8	9,7	0,55
Köln	13,0	10,4	1,48
Krefeld	20,4	8,3	0,25
Leipzig	7,8	1,2	0,51
Mannheim	15,6	11,6	0,77
Mönchengladbach	14,6	8,1	0,19
München	16,2	14,6	2,96
Münster	8,2	4,5	0,34
Nürnberg	11,1	10,4	1,21
Stuttgart	21,0	14,0	1,12
Wiesbaden	14,2	10,1	1,00
Wuppertal	16,4	9,8	0,15

Abb. 12

Quellen: siehe Übersicht, S. 31.

**Durchschnittliche Reisezeit
zu 41 europäischen
Agglomerationszentren im
kombinierten PKW-/Luftverkehr
in Minuten, 2004**

Erreichbarkeit	
Frankfurt am Main	192,44
Wiesbaden	198,00
Düsseldorf	199,47
Duisburg	207,41
Köln	210,14
München	210,53
Essen	210,82
Berlin	213,87
Stuttgart	214,94
Bonn	215,08
Mönchengladbach	215,26
Krefeld	216,69
Wuppertal	220,76
Hamburg	221,63
Bochum	221,65
Mannheim	224,25
Gelsenkirchen	225,43
Aachen	228,59
Dortmund	229,54
Karlsruhe	234,82
Hannover	238,47
Augsburg	238,48
Nürnberg	245,50
Münster	251,00
Bremen	252,26
Braunschweig	269,47
Bielefeld	269,65
Dresden	270,67
Chemnitz	300,96
Leipzig	314,27

Abb. 13

Quellen: siehe Übersicht, S. 31.

München und Stuttgart sehr hohe Werte bezüglich der betrachteten Indikatoren aufweisen, ist dieser Aspekt der Standortbedingungen insbesondere in den ostdeutschen Städten im Sample (Chemnitz, Dresden und Leipzig) vergleichsweise wenig ausgeprägt. Generell ist es schwer abzuschätzen, ob die Disparitäten zwischen den Städten hinsichtlich der Internationalität im Bil-

dungsbereich bestehen bleiben. Dafür spricht, dass Netzwerkeffekte eine wichtige Determinante der Wanderung sind. Ein Standort gewinnt demnach an Attraktivität für bestimmte Personengruppen, wenn dort bereits Menschen aus dem gleichen kulturellen Umfeld ansässig sind. Netzwerkwanderungen können auch im Bereich der Bildungszuwanderung aus dem Ausland eine sich selbst verstärkende Dynamik haben, weil die Zahl der zuwandernden Studenten aus einem Land von der Zahl der bereits ansässigen Studenten aus diesem Land an einem bestimmten Hochschulstandort abhängen könnte.²² Relevant für das Ziel zukünftiger internationaler Zuwanderungen – damit auch der Attraktivität von deutschen Großstädten für international mobile Arbeitskräfte – sind neben der Existenz von Arbeitsplätzen soziale Netzwerke. Standortentscheidungen von Zuwanderern orientieren sich zudem an der »Offenheit« und anderen weichen Standortfaktoren in der Zielregion.²³ Insbesondere Städte, die bereits einen hohen Ausländeranteil aufweisen, dürften auch zukünftig verstärkt Zuwanderer aus dem Ausland anziehen.²⁴

3.4 Erreichbarkeit

Ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit Internationalität ist zudem die geografische Lage einer Stadt in Europa, weil diese ihre Marktnähe und Erreichbarkeit beeinflusst, welche wieder relevante Aspekte für Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen und ihre Logistikfunktionen sind. Die regionalen und großräumigen Erreichbarkeitsverhältnisse variieren zwischen den deutschen Städten erheblich. Diese Disparitäten bildet das Erreichbarkeitsmodell des BBR ab, in welchem die durchschnittliche Reisezeit im kombinierten PKW-Luftverkehr von den deutschen Städten und Kreisen zu 41 europäischen Agglomerationen berechnet wird (vgl. Abbildung 13).²⁵ Die beste Erreichbarkeit weisen in diesem Modell Frankfurt am Main und Wiesbaden auf, die u.a. von dem größten internationalen Flughafen Deutschlands in ihrer Region profitieren. Eine sehr gute Erreichbarkeit ist zudem ein positiver Standortfaktor von zahlreichen Städten in Nordrhein-Westfalen, auch im Ruhrgebiet, aufgrund ihrer geografischen Lage in der am höchsten verdichteten Region Westeuropas mit einer sehr guten Verkehrsinfrastrukturausstattung. Auf die Erreichbarkeit von München, Berlin, Stuttgart und Hamburg wirkt sich die Existenz der jeweiligen Flughäfen ebenfalls sehr günstig aus.

Die Erreichbarkeit von Chemnitz, Dresden und Leipzig ist die schlechteste der Städte im Sample. Dies ist zum einen damit zu begründen, dass die großräumige Lage dieser sächsischen Städte in der Nähe der Grenzen zu Polen und Tschechien sehr ungünstig ist. Zum anderen sind diese Städte weiter als der große Teil der anderen deutschen Städte von den dicht besiedelten Regionen Europas entfernt. Zudem gibt es in der verkehrsinfrastrukturellen Ausstattung in Sachsen und den angrenzenden polnischen und tschechischen Regionen noch erhebliche Potenziale für Qualitätsverbesserungen, u.a. hinsichtlich der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur.²⁶

22 Vgl. Niebuhr/Stiller (2004).

23 Vgl. Florida (2002).

24 Vgl. BBR (2006).

25 Das Modell bezieht sich auf das Jahr 2004, sodass danach stattgefundenen Veränderungen in der Verkehrsinfrastruktur hierin nicht berücksichtigt sind.

26 Vgl. Hildebrandt et al. (2006).

4 HWWI / Berenberg-Städteranking

Die zuvor für die Städte beschriebenen Indikatoren zu Teilbereichen der Standortbedingungen werden im Folgenden zusammengefasst. Generell besteht bei jedem Ranking die Problematik der Auswahl der Indikatoren, ihrer Aggregation und Gewichtung. Dennoch bieten Rankings die Möglichkeit, relevante Einflussfelder auf der Ebene von Städten zusammenzufassen und zu kontrastieren. Das HWWI/Berenberg-Städteranking basiert auf einem »Trendindex«, einem »Standortindex« und einem »Demografieindex«, die jeweils zu gleichen Teilen in den »Gesamtindex« eingehen.

- Der »Trendindex« fasst die Entwicklung der Bevölkerung, der Erwerbstätigkeit und der Produktivität für den Zeitraum von 2000 bis 2005 zusammen, die jeweils zu einem Drittel in diesen Indikator einfließen.
- Der »Standortindex« basiert zu je einem Drittel auf Indikatoren zu den Bereichen »Bildung und Innovationsfähigkeit«, »Internationalität« und »Erreichbarkeit«, wobei folgende Daten berücksichtigt wurden: Internationalität (Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort 2005; Anteil ausländischer Studierender 2004; Anzahl der ausländischen Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner 2005), Bildung und Innovationsfähigkeit (Anteil Schulabgänger mit Hochschulreife 2004; Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2004; Anteil FuE-Beschäftigte 2007; Anteil Beschäftigte mit Fach-, Fachhochschul-, Hochschulabschluss 2004; Patente pro 1000 Einwohner) und Erreichbarkeit (durchschnittliche Reisezeit zu 41 europäischen Agglomerationen 2004).
- Der »Demografieindex« fasst die demografischen Entwicklungstendenzen (BBR-Prognose) bis zum Jahre 2020 (die Entwicklung der Bevölkerungszahlen, der Erwerbspersonenzahlen und des Anteils der unter 20-Jährigen an der Bevölkerung) und die Fertilitätsrate im Durchschnitt der Jahre 2002 und 2004 zusammen.

Die Abbildungen 14 bis 16 stellen die Reihenfolge der Städte bei den einzelnen Indikatoren dar, und Abbildung 17 fasst diese zusammen. Der Städtevergleich verdeutlicht die jeweiligen Stärken und Schwächen der einzelnen Städte in Bezug auf unterschiedliche Standortfaktoren.

Beim Trendindex liegt Dresden mit deutlichem Abstand aufgrund der überdurchschnittlich guten Performance der Elbmetropole in der jüngeren Vergangenheit vorne. Im Zeitraum von 2000 bis 2005 ist die Zahl der Arbeitsplätze mit 3,3 Prozent so stark gestiegen wie in kaum einer anderen Stadt. Die Produktivität hat um rund ein Fünftel zugenommen und Dresden hatte – entgegen dem Trend vieler Regionen in Ostdeutschland – mit +2,8 Prozent einen deutlichen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Auf den weiteren Plätzen folgen sehr unterschiedliche Städte wie die 271 Tsd. Einwohner zählende Stadt Münster und die zweitgrößte deutsche Stadt Hamburg, die etwa gleich platziert ist mit Dortmund, Leipzig und Stuttgart. Städte mit überdurchschnittlich guter Performance befinden sich somit gegenwärtig in allen Teilen Deutschlands, und sie weisen ganz unterschiedliche Strukturen auf. Während Hamburg und Stuttgart zu den

Trendindex

Gewichtete Summe der Abweichung vom Mittelwert (in Standardabweichungen) für alle Indikatoren

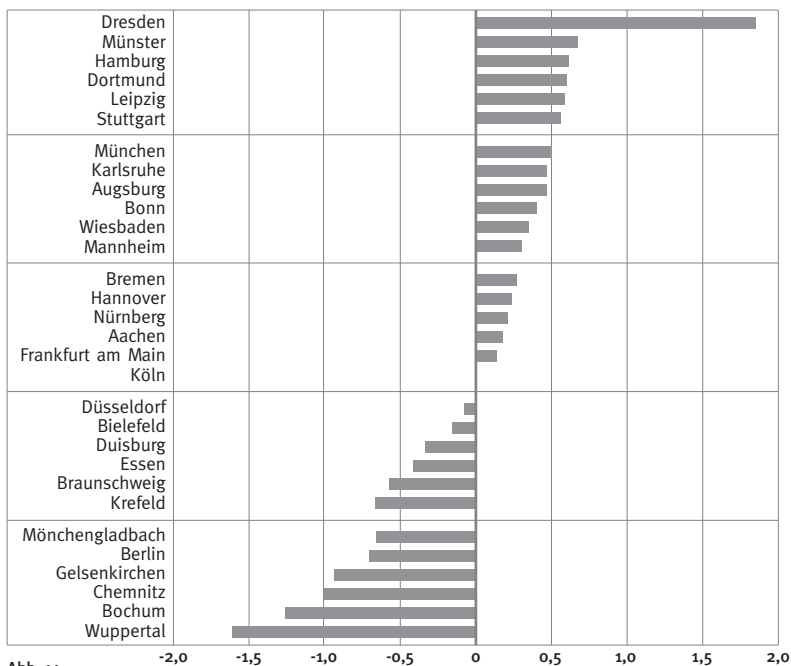


Abb. 14

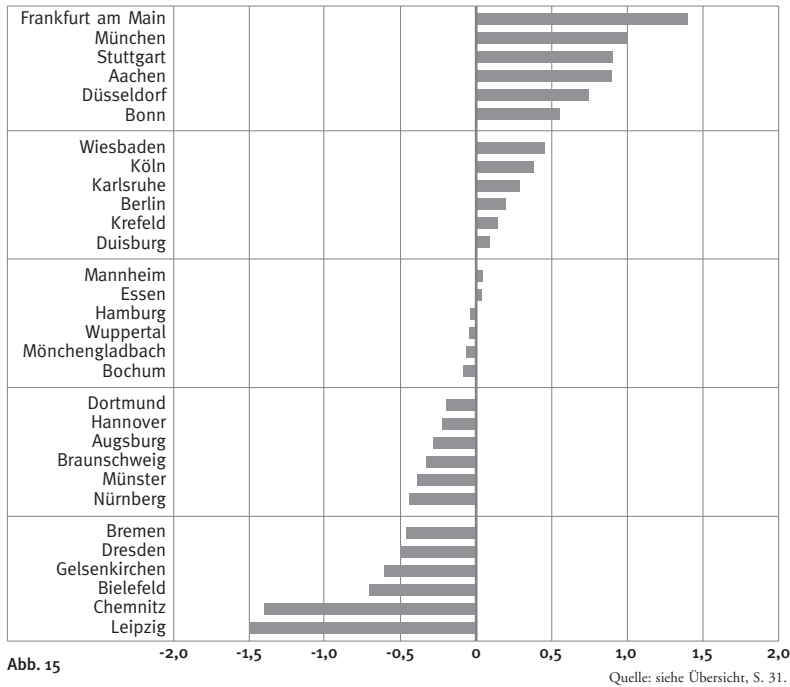
Quelle: siehe Übersicht, S. 31.

Städten mit der höchsten Produktivität zählen, sind Dresden, Dortmund und Leipzig Städte, die seit einer geraumen Zeit massive Strukturveränderungen zu bewältigen haben. Dies gelingt Städten ganz unterschiedlich gut, wie ein Blick auf die unteren Plätze beim Trendindex zeigt. Hier sind mit Gelsenkirchen, Chemnitz, Bochum und Wuppertal vier Städte zu finden, die im Analysezeitraum (teilweise deutlich) von Arbeitsplatzabbau betroffen waren und starke Bevölkerungsverluste verzeichneten. Diesen Städten gelingt es gegenwärtig vergleichsweise wenig, den Abbau von Arbeitsplätzen im Industriebereich durch die Expansion des Dienstleistungssektors auszugleichen. Anzumerken ist zudem die ungünstige Positionierung Berlins, das zwar gegenwärtig keine Bevölkerung mehr verliert, wo aber weiterhin keine neuen Arbeitsplätze entstehen und die Produktivität – von einem nach wie vor sehr geringen Niveau ausgehend – nur unterdurchschnittlich steigt.

Ebenso wie beim Trendindex zeigt sich eine deutliche Differenzierung zwischen den Städten beim Standortindex. Frankfurts »Führung« beim Standortindex basiert auf einer (sehr) guten Position in allen betrachteten Bereichen. Hinsichtlich der Internationalität sowie der Erreichbarkeit belegt Frankfurt Platz 1 und weist eine Position im oberen Drittel bei »Innovationsfähigkeit und Bildung« auf. München und Stuttgart belegen jeweils die Plätze 2 und 3 bei der Interna-

Standortindex

Gewichtete Summe der Abweichung vom Mittelwert (in Standardabweichungen) für alle Indikatoren



tionalität und haben eine vordere Position bei der Erreichbarkeit. Die drei »führenden« Städte weisen somit in allen drei betrachteten Bereichen gute bis sehr gute Standortbedingungen auf. Am unteren Ende der Rangfolge beim Standortindex befinden sich Bielefeld, Chemnitz und Leipzig, die eine sehr schlechte Erreichbarkeit aufweisen und auch bei der Internationalität weit hinten platziert sind. Hervorzuheben ist zudem, dass sich unter den ostdeutschen Städten Dresden von Chemnitz und Leipzig in seinen Standortbedingungen positiv abhebt. Die sächsische Landeshauptstadt weist bei zahlreichen Standortbedingungen Werte im Mittelfeld und bei einigen im vorderen Bereich auf. So befindet sich Dresden im Bereich »Innovationsfähigkeit und Bildung« auf Platz vier von allen Städten und weist eine stärker ausgeprägte Internationalität auf als Chemnitz und Leipzig.

Auch beim Demografieindex ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen den Städten: Während aktuelle Bevölkerungsprognosen für Frankfurt am Main, Köln, München und Wiesbaden bis zum Jahr 2020 Bevölkerungszuwächse, einen Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung und einen nur sehr geringen Rückgang bei der Bevölkerung unter 20 Jahren prognostizieren, könnten sich deutlich anders verlaufende demografische Trends in den ostdeutschen Städten und den Städten im Ruhrgebiet bereits bis zum Jahr 2020 zeigen.

Demografieindex

Gewichtete Summe der Abweichung vom Mittelwert (in Standardabweichungen) für alle Indikatoren

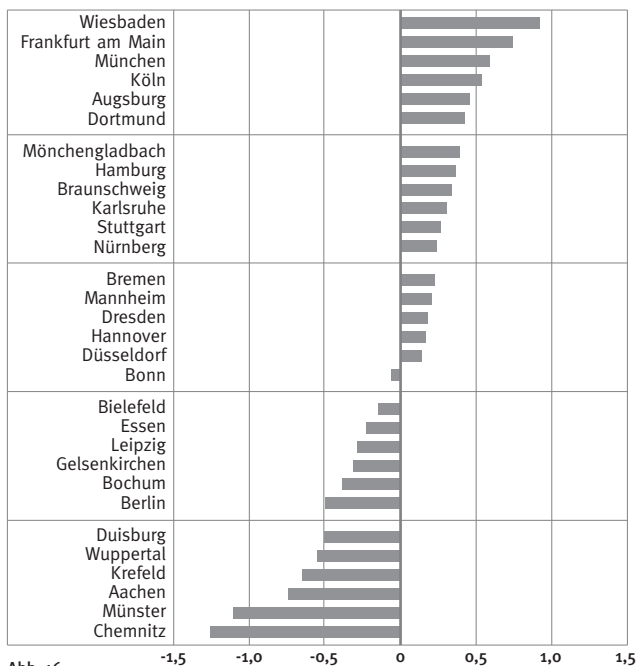


Abb. 16

Quelle: siehe Übersicht, S. 31.

Die Abbildung 17 zeigt die Positionierung der 30 Städte im Gesamtranking, welches die Ergebnisse des »Trendindex«, des »Standortindex« und des »Demografieindex« zusammenfasst. Aus dem Ranking lässt sich insgesamt der Schluss ziehen, dass ein großer Teil der Städte für die Zukunft (sehr) gut gerüstet ist, während die Zukunftsaussichten der Städte am unteren Ende des Rankings als ungünstig einzustufen sind.

An der Spitze des Gesamtrankings befindet sich Frankfurt am Main, gefolgt (mit einem sehr geringen Rückstand) von München sowie mit einem etwas deutlicheren Abstand von Stuttgart und Wiesbaden. Für diese vier Städte können die gegenwärtigen Bedingungen insgesamt als sehr günstig bewertet werden, weil sie in keinem der betrachteten Bereiche ausgeprägte Defizite aufweisen. Die Ausgangsbedingungen für die zukünftige Entwicklung dieser Städte sind deshalb als sehr positiv zu bewerten. Auf Platz fünf im HWWI/Berenberg-Städteranking befindet sich mit einem sichtbaren Abstand zur Spitze Dresden, das in der jüngeren Vergangenheit bereits hinsichtlich zahlreicher Standortbedingungen seine Position deutlich verbessert hat. Insbesondere hinsichtlich »Bildung und Innovationen« liegen sehr gute Ergebnisse vor, aber in anderen Bereichen wie der Internationalität (im Vergleich zu Städten wie Frankfurt, Stuttgart und München) weist Dresden noch deutlich andere Bedingungen auf. Auch die auf den Plätzen 5 bis 10 platzier-

HWWI/Berenberg-Städteranking

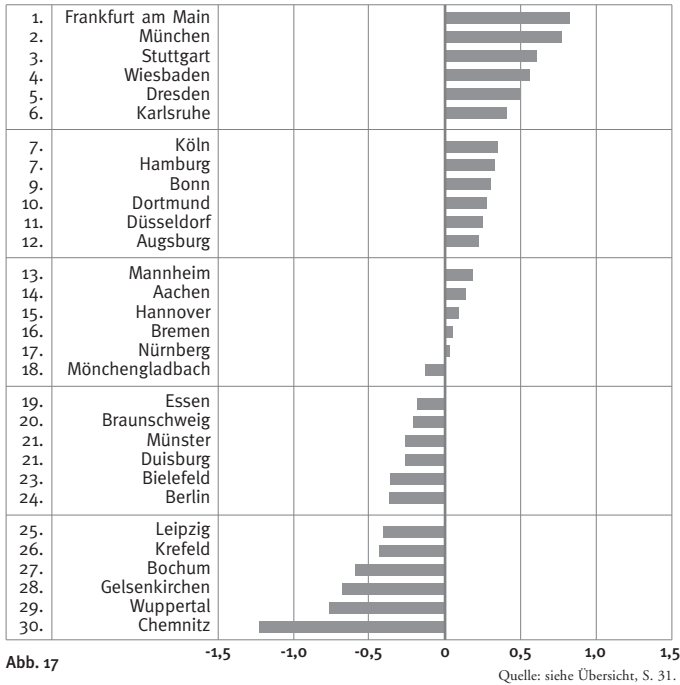


Abb. 17

Quelle: siehe Übersicht, S. 31.

ten Städte zeichnen sich durch eine überdurchschnittlich gute Position hinsichtlich zahlreicher Standortfaktoren aus.

Zu den deutschen Städten mit vorderen Plätzen im Ranking zählen somit drei der sechs größten deutschen Städte (Frankfurt, München und Stuttgart) wie auch relativ kleine Städte (Dresden und Wiesbaden). Dominante Erklärungsfaktoren für die TOP-Plätze von Frankfurt und München sind ihr hervorragendes Abschneiden beim Standort- und Demografieindex, während bei den anderen Städten die gegenwärtigen Wachstumstrends weitaus positiver sind. Dies gilt besonders für Dresden, das aufgrund dieser Tatsache weit vorne im Ranking liegt.

Am unteren Ende der Skala sind Chemnitz und die Ruhrgebietsstädte Bochum, Gelsenkirchen und Krefeld sowie Wuppertal platziert. Diese Städte weisen in zahlreichen Teilbereichen unterdurchschnittliche Positionen auf, was in erheblichem Maße noch auf den Strukturwandel dieser alt-industriellen Städte bzw. den ostdeutschen Umbruch zurückzuführen ist. Aber nicht alle Städte, die hiervon betroffen sind, haben noch gleich stark ausgeprägte Standortnachteile aufzuweisen. Dresden und auch Dortmund haben gegenwärtig (sehr) gute Positionierungen in Teilaspekten des Rankings erreicht und konnten sich beide im Gesamtranking unter den TOP 10 platzieren.

Indikatoren	Quellen
Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort, 2005, in %.*	Statistisches Bundesamt (2008a).
Anteil ausländischer Studierender, 2004, in %.*	BBR (2007).
Anteil Beschäftigter in Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt, 2007.*	Bundesagentur für Arbeit (2008a).
Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife, 2004, in %.*	BBR (2007).
Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, 2004, in %.*	BBR (2007).
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss am Wohnort, 2005, in %.	Statistisches Bundesamt (2008a).
Anzahl der ausländischen Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner, 2005.	DTV (2006).
Durchschnittliche Reisezeit zu 41 europäischen Agglomerationszentren im kombinierten PKW-/Luftverkehr, 2004, in Minuten.*	BBR (2008).
Entwicklung der Bevölkerung 2000–2005.	Statistisches Bundesamt (2008a).
Entwicklung des Bevölkerungsanteils der unter 20-Jährigen, 2007–2020, in %.	BBR (2006).
Entwicklung der Bevölkerung, 2007–2020, in %.	BBR (2006).
Entwicklung der Erwerbstätigen 2000–2005.	Statistisches Bundesamt (2008b).
Entwicklung der Erwerbspersonen, 2007–2020, in %.	BBR (2006).
Entwicklung der Produktivität 2000–2005.	Statistisches Bundesamt (2008b).
Fertilitätsziffer: Durchschnittliche Fertilitätsrate 2002–2004.*	BBR (2007).
Patente pro Tsd. Einwohner 2005.*	Deutsches Patent- und Markenamt (2006).

* Daten für Hannover beziehen sich auf die *Region* Hannover.

Die Daten für die Stadt Hannover stammen vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik.

Teil 2: Stadtportrait Bielefeld

Bielefeld in Zahlen

Einwohner 2008: 326.715

Bevölkerungsdichte 2008: 1.266 Menschen pro km²

BIP pro Kopf 2005: 29.400 Euro (Deutschland: 27.175 Euro)

Produktivität 2005: 53.478 Euro (Deutschland: 57.724 Euro)

Produktivitätswachstum 2000 bis 2005: 5,2 %

Arbeitslosenquote Mai 2008: 10,9 %

1. Bevölkerung

Bielefeld liegt im Nordosten des mit 18 Mio. Einwohnern größten deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Die Stadt gehört zur Region Ostwestfalen-Lippe, zu der ebenso die Städte Gütersloh (96 Tsd.), Paderborn (144 Tsd.) und Minden (83 Tsd.) mit dem entsprechenden Bevölkerungs- und Wirtschaftspotenzial zählen.¹ In der Region Ostwestfalen-Lippe (vgl. Abbildung 18) leben auf einer Fläche von 6.519,08 km² rund zwei Mio. Einwohner (2007). Die Stadt Bielefeld ist mit 327 Tsd. Einwohnern die größte Stadt und ein Oberzentrum in dieser Region. Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten ist Bielefeld mit 1.266 Menschen pro km² relativ dünn besiedelt, was in etwa einem Drittel der Bevölkerungsdichte von Berlin entspricht. Bielefeld zählt zu den deutschen Großstädten, die seit dem Jahre 2000 Bevölkerungszuwächse realisiert haben. Die Stadt ist von 2000 bis 2005 etwa so schnell wie Hamburg und Stuttgart gewachsen. In diesem Zeitraum hat die Bevölkerung um 1,6 Prozent zugenommen, und es sind netto 6.700 Menschen nach Bielefeld zugewandert, davon 70 Prozent Ausländer. Ein Drittel der Zuwanderer ist 18- bis 25-jährig (u. a. Bildungswanderer), während in der wegziehenden Gruppe die größte Altersklasse die der 30- bis 50-Jährigen ist.² Seit 2005 ist die Zahl derer, die nach Bielefeld ziehen, allerdings zunehmend kleiner als die Anzahl der Fortziehenden. Bis zum Jahre 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) eine ausgeglichene Wanderungsbilanz und einen Rückgang der Bevölkerung um -4,7 Prozent. Dieses Prognoseergebnis basiert auf der Annahme, dass die Zahl der Sterbefälle jene der Geburten zunehmend überschreiten wird. Diese Entwicklung bedingt einen im Zeitablauf an Tempo gewinnenden Rückgang der Bevölkerung, wenn der natürliche Bevölkerungssaldo nicht durch Zuwanderung ausgeglichen wird. Wandern zukünftig mehr Menschen nach Bielefeld, als die Stadt verlassen, dann mildert dies den aufgrund des negativen natürlichen Bevölkerungssaldos prognostizierten Bevölkerungsrückgang. Die Ef-

¹ Vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Nordrhein-Westfalen (2008).

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2008a).

fekte demografischer Veränderungen auf das Arbeitsangebot dürften der BBR-Prognose zufolge, nach der sich die Zahl der Erwerbspersonen, anders als im Ruhrgebiet und in zahlreichen ostdeutschen Städten, bis zum Jahre 2020 in Bielefeld nur geringfügig reduziert, quantitativ nur wenig spürbar sein.³ Dennoch könnte in diesem Zeitraum die Alterung der Erwerbspersonen bereits Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, denn bis zum Jahre 2020 wird der Anteil der über 45-Jährigen an den Erwerbspersonen zunehmen.⁴ Ein weiterer demografischer Trend, der die Stadtentwicklung bereits bis zum Jahre 2020 beeinflussen wird, ist die Veränderung der Haushaltsstruktur, welche durch stark rückläufige Zahlen für 4-und-mehr-Personen-Haushalte (-20,6 Prozent) geprägt sein wird. Diese Entwicklung wird deutliche Auswirkungen auf die Angebots- und Nachfrageseite auf dem Wohnungsmarkt haben.

Auch in Bielefeld werden die Alterung der Bevölkerung sowie rückläufige Bevölkerungs- und Erwerbspersonenzahlen im Zeitablauf zunehmende Auswirkungen auf zahlreiche Aspekte der Stadtentwicklung haben. Aufgrund der vielfältigen Zusammenhänge zwischen demografischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen ist es sehr positiv zu bewerten, dass Bielefeld den Gesellschaftsbereich »Demografischer Wandel« aktiv in seinem Bielefelder Konzept thematisiert und gegenwärtig bereits in innovativen Projekten die politischen Weichen zum Umgang mit dem demografischen Wandel stellt (vgl. Kasten 1).

³ Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006).

⁴ ebenda.

Die Region Ostwestfalen-Lippe



Abb. 18

Quelle: Darstellung HWWI.

Das Bielefelder Konzept⁵

Im Jahre 2004 hat Bielefeld als erste deutsche Stadt eine Stabsstelle »Demografische Entwicklungsplanung« eingerichtet. Die wesentliche Aufgabe der hiermit betrauten »Demografie-Beauftragten« war die Entwicklung eines Konzeptes zur Gestaltung des demografischen Wandels. Dieses wurde unter dem Titel »Demografischer Wandel als Chance? Das Bielefelder Konzept« im August 2006 einstimmig fraktionsübergreifend von den politischen Gremien in Bielefeld beschlossen. Seine Inhalte betreffen die Bildungs-, Senioren-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik ebenso wie die Integrationspolitik. Auf die praktische Politikgestaltung wirkt sich dieses Konzept derart aus, dass die Demografie-Beauftragte Mitzeichnungsrecht bei allen Planungsvorhaben der Stadt Bielefeld hat. Hiermit wird das Ziel verfolgt, dass demografische Belange in allen Entscheidungen Berücksichtigung finden. Dieser innovative Politikansatz, der einen erheblichen Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Politik für Demografie-Themen leistet, hat bundesweit Interesse auf sich gezogen. Die Demografie-Beauftragte Bielefelds, Susanne Tatje, hat ferner für ihre Arbeiten zu den Herausforderungen des demografischen Wandels im Juli 2007 den Innovationspreis des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten. Positiv im Hinblick auf zukünftige demografische Entwicklungstendenzen ist zu bewerten, dass in dem Bielefelder Konzept regionale Integrationspolitik als ein wichtiger Aspekt der Stadtentwicklungspolitik enthalten ist. Der Ausländeranteil an der Bevölkerung war im Jahre 2006 in Bielefeld mit 11,5 Prozent zwar deutlich niedriger als in anderen größeren deutschen Städten, wie beispielsweise Frankfurt am Main, München und Stuttgart. Aber auch in Bielefeld zeigen sich die Auswirkungen der zunehmenden Internationalisierung der Stadtbevölkerung, und die kulturelle Vielfalt wird auch hier künftig zunehmen. Gegenwärtig sind 38,5 Prozent der ausländischen Bevölkerung in Bielefeld Türken, 25 Prozent EU-Ausländer und 12,6 Prozent Asiaten.⁶ Integrationsprobleme im Hinblick auf den Arbeitsmarkt zeigen sich in der ausgeprägten Differenz der Arbeitslosenquoten von Inländern (10,9 %) und Ausländern (24,8 %), die eine große Herausforderung an die Stadtentwicklungspolitik darstellt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang die Förderung der Bildungspartizipation von Ausländern. Im Jahre 2006 wurde das Modellprojekt »Miteinander reden, miteinander leben« im Rahmen des »Bielefelder Konzepts« in Bielefeld gestartet. Es dient dazu, ausländische Kinder sprachlich auf die Grundschule vorzubereiten, und leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Lehrkräften in der Region.

Kasten 1

⁵ Vgl. Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (2008); Tatje (2006).

⁶ Vgl. Stadt Bielefeld (2008); Statistisches Bundesamt (2008a).

2. Wirtschaft im Überblick

Die Stadt Bielefeld und die an sie angrenzenden Kreise sind von einer diversifizierten industriellen Struktur geprägt. Branchenschwergewichte sind die Bekleidungsindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, die Möbelindustrie, der Maschinenbau und die metallverarbeitende Elektroindustrie. In der Region sind zahlreiche Traditionsunternehmen angesiedelt, die erfolgreich auf den Weltmärkten agieren. Beispiele hierfür sind die Benteler AG, die Bertelsmann AG, die Goldbeck GmbH, die Melitta Unternehmensgruppe, die Miele-Gruppe, die Dr. August Oetker Nahrungsmittel KG, die Phoenix Contact GmbH & Co. KG, die Schüco International KG Seidensticker GmbH sowie die SieMatic Möbelwerke GmbH & Co. KG.⁷ Die relativ hohe Bedeutung des industriellen Sektors spiegelt sich in der Beschäftigtenstruktur der Stadt Bielefeld wider, wo noch 27,8 Prozent aller 124 Tsd. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Industrie tätig sind. Aber auch Bielefelds Wirtschaftsstruktur wird zunehmend vom Dienstleistungsgewerbe geprägt. Im Zeitraum von 2000 bis 2005 haben die Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich um 3,2 Prozent zugenommen, während die Industrie einen Rückgang der Arbeitsplätze im Umfang von 12,2 Prozent zu verzeichnen hatte (vgl. Abbildung 19).⁸

In diesem Zeitraum ist die Erwerbstätigkeit in Bielefeld insgesamt leicht zurückgegangen (-0,8 %), womit sich Bielefeld bei diesem Indikator unter den 30 größten Städten im Mittelfeld befindet. Die neu entstandenen Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen konnten damit den Rückgang an Industriearbeitsplätzen in diesem Zeitraum nicht ganz kompensieren, und die fortschreitende Ausrichtung auf Dienstleistungen verlief in Bielefeld im Vergleich zu anderen Städten, beispielsweise Bochum und Dortmund, langsamer (vgl. Abbildung 20). Zu den stark wachsenden Dienstleistungsbereichen gehören in Bielefeld die unternehmensnahen Dienstleistungen. Bielefeld ist auch ein Medienstandort für die Region Ostwestfalen-Lippe. Der Westdeutsche Rundfunk (WDR), RTL und die Deutsche Presse-Agentur (dpa) unterhalten hier eigene

⁷ Vgl. OstWestfalenLippe Marketing GmbH (2008).
⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2008a).

Wachstum der Erwerbstätigkeit im Industrie- und Dienstleistungssektor, 2000–2005

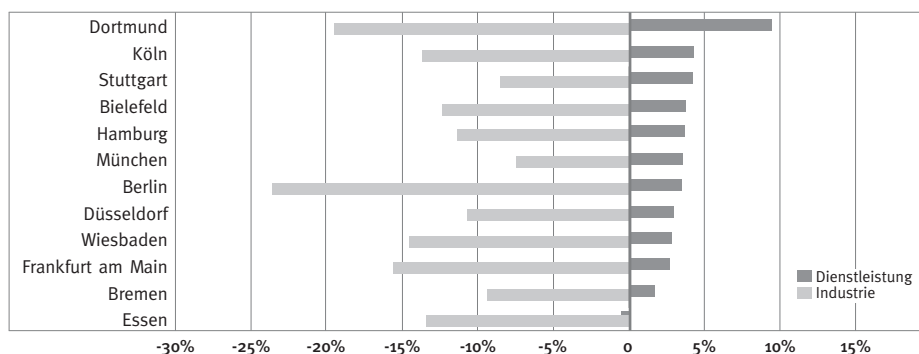


Abb. 19

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008a);
 Berechnungen HWWI.

Studios oder Büros. Neben Hörfunk und Fernsehen hat Bielefeld eine vielfältige Presselandschaft aufzuweisen. Hierzu zählen u. a. zwei Tageszeitungen mit kompletter Mantelredaktion, die »Neue Westfälische« und das »Westfalen-Blatt«. Das Verlags- und Druckgewerbe ist somit ein wichtiger Arbeitgeber.⁹

Der wirtschaftsstrukturelle Wandel in Bielefeld, der von der Expansion des Dienstleistungssektors geprägt wird, führt nur in sehr geringem Maße zu einem Anstieg der Produktivität. Das BIP pro Erwerbstätigen liegt mit 53.478 Euro deutlich unterhalb von jenem in anderen deutschen Städten (vgl. Abbildung 6). Im Zeitraum von 2000 bis 2005 war die Produktivitätsentwicklung in Bielefeld mit +5 Prozent weit unterdurchschnittlich, sodass Bielefeld sich in der jüngeren Vergangenheit nicht an die »produktivsten« deutschen Städte – Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg – angenähert hat (vgl. Abbildung 5). Ein Erklärungsfaktor für die vergleichsweise verhaltene Produktivitätsentwicklung, die mit dem relativ langsam verlaufenden wirtschaftsstrukturellen Wandel zu höherwertigen Wirtschaftsbereichen zusammenhängt, ist die unterdurchschnittlich ausgeprägte »Wissensintensität« in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Bielefeld. Nur 10,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bielefeld haben einen Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss. In Aachen, Bonn, Dresden und München ist dieser Anteil in etwa doppelt so hoch. Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten beeinflusst zudem in Kombination mit den FuE-Investitionen entscheidend die »Innovationsfähigkeit« der regionalen Wirtschaft. Bielefelds Innovationserfolge liegen deutlich unter dem durchschnittlichen

9 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2008).

Erwerbstätige im Dienstleistungssektor

Wachstum des Anteils der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor, in Prozentpunkten, 2000–2005

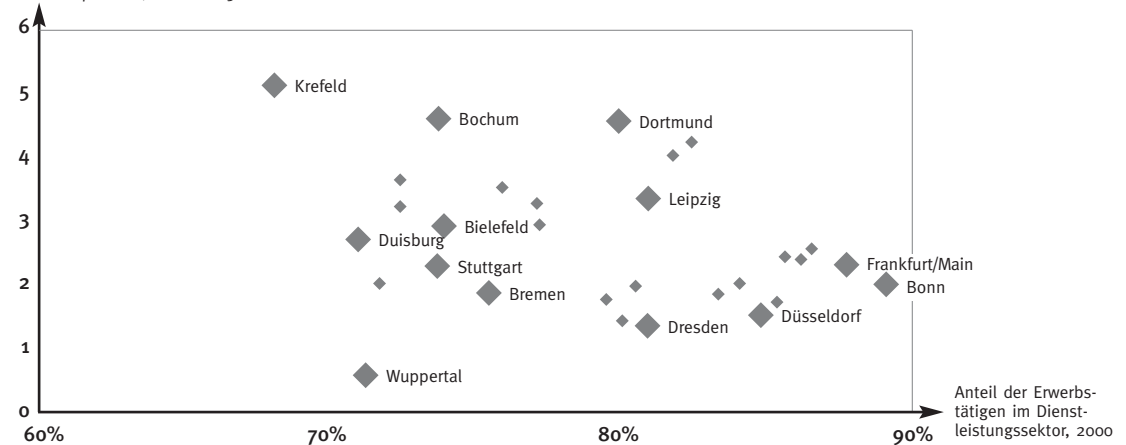


Abb. 20

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008a);
Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2008); Berechnungen HWWI.

Niveau der deutschen Städte. Die Patentanmeldungen pro Einwohner belaufen sich auf rund ein Viertel von jenen in der führenden deutschen Innovationsregion Stuttgart. Unter den 30 größten Städten weist Bielefeld den geringsten Anteil von FuE-Beschäftigten in den Bereichen Natur-, Ingenieur- und Agrarwissenschaften sowie Medizin an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf und ist damit die Stadt, die in diesem Bereich die geringsten Investitionen in FuE-Personal leistet.¹⁰ Positiv im Hinblick auf zukünftige FuE-Erfolge ist allerdings zu bewerten, dass sich in Bielefeld Spitzenforschung in unterschiedlichen Bereichen etabliert, beispielsweise an der Universität Bielefeld (vgl. Kasten 2).

Auch wenn Bielefeld sich im Zeitraum von 2000 bis 2005 im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit und das Produktivitätswachstum im Städtevergleich unterdurchschnittlich entwickelt hat, so zeigen sich seit dem Jahre 2005 deutlich positive Trends auf dem Arbeitsmarkt mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum von 16,9 auf 10,9 Prozent (vgl. Abbildung 21). Die Arbeitslosenquote hat in der Gruppe der Frauen (-5,4 Prozentpunkte), der Männer (-6 Prozentpunkte), der Ausländer (-12,4 Prozentpunkte) und der unter 20-Jährigen (-1,9 Prozentpunkte) seit dem Jahre 2005 deutlich abgenommen. Im Mai 2008 lag Bielefeld mit einer Arbeitslosenquote von 10,9 Prozent auf Platz elf unter den im HWWI/Berenberg-Städteranking verglichenen Städten. Positiv ist zudem zu bewerten, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2005 bis 2007 um 3 Prozent gestiegen ist, während sie in Deutschland insgesamt nur um 2,8 Prozent zugenommen hat.

10 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2008).

Arbeitslosenquoten in Bielefeld, 2005–2008

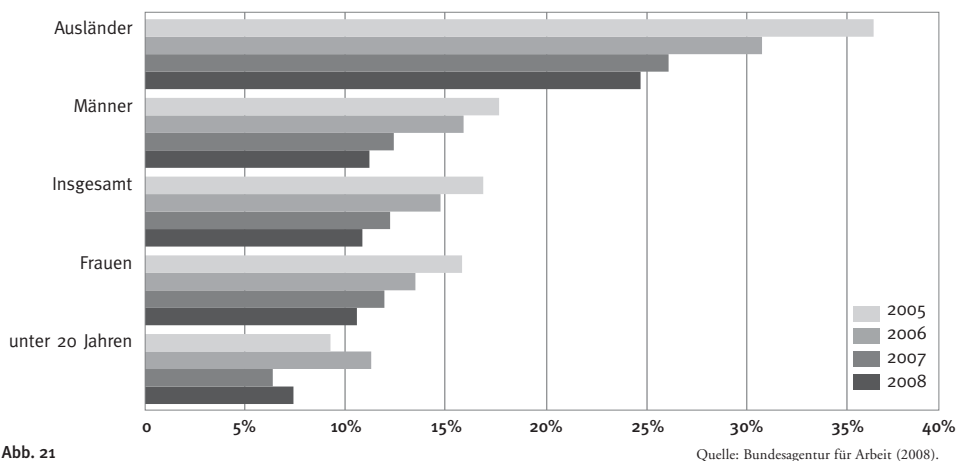


Abb. 21

Vielfältige Bildungslandschaft und Exzellenzcluster¹¹

Bielefeld bietet eine breit gefächerte Bildungslandschaft mit insgesamt etwa 32 Tsd. Studenten. Die größte öffentliche Bildungsinstitution ist die staatliche Universität Bielefeld mit 18 Tsd. immatrikulierten Studenten im Wintersemester 2007/2008. Daneben existieren zahlreiche private Bildungseinrichtungen, beispielsweise die Fachhochschule des Mittelstandes, das Euro-Business-College Bielefeld (EBC) und die kirchliche Hochschule Bethel. Die Universität Bielefeld leistet in zahlreichen Forschungsgebieten Spitzenforschung, die Potenziale für die Stimulierung der regionalen Wirtschaft haben. So wird beispielsweise im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes an dieser Hochschule der Exzellenzcluster »Cognitive Interaction Technology« gefördert, der sich dem Roboterbau widmet. Zudem wird die Graduiertenschule »Bielefeld International Graduate School in History« (BIGH) an der Universität Bielefeld aus der Exzellenzinitiative finanziert. Generell sollen die von der Exzellenzinitiative geförderten Cluster (Verbünde) »international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen« etablieren und ein wichtiger Bestandteil der strategischen und thematischen Planung der Universität sein. Hierzu trägt auch der mit 20 Mio. Euro aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Laborneubau des Centrums für Biotechnologie (CeBiTec) bei, der dem weiteren Ausbau des Schwerpunkts Genomforschung, Bioinformatik, Nanoscience und Biophysik an der Universität Bielefeld dient.

Kasten 2

¹¹ Vgl. Universität Bielefeld (2008) und Universität Bielefeld (2007).

3. Standortattraktivität

Die Attraktivität Bielefelds für Arbeitskräfte und ihre Familien als Lebens- und Arbeitsort spielt eine zentrale Rolle für die zukünftigen ökonomischen Entwicklungspotenziale der Stadt. Neben den ökonomischen Bedingungen sind es die »weichen« Standortfaktoren, wie die Lebensqualität und die Qualität der Bildungsinstitutionen, welche eine Stadt attraktiv für Zuwanderer aus dem In- und Ausland gestalten. Aufgrund ihrer vergleichsweise günstigen Bevölkerungsbilanz in der jüngeren Vergangenheit hat Bielefeld in diesem Bereich gegenwärtig Standortvorteile gegenüber anderen Regionen, die (hohe) Bevölkerungsverluste aufgrund von Abwanderungen zu verzeichnen haben. Bielefeld weist Positivbeispiele für Freizeit- und Kulturangebote sowie attraktive Wohnmöglichkeiten auf, wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Umnutzung und Revitalisierung alter Industrieflächen. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist der Ravensberger Park auf einem ehemaligen Industriegelände mit einer Fläche von sechs Hektar, auf dem sich zahlreiche kulturelle Einrichtungen in alten Industriegebäuden befinden. Das Gelände hat Modellcharakter für die Umnutzung von industriellen Flächen und erhielt dafür im Jahre 1989 den Europa Nostra Preis.¹² Ein weiteres Beispiel im Innenstadtbereich ist die Revitalisierung des ehemaligen Geländes der Dürkopp Adler AG durch ein integriertes Konzept für Gewerbe, Dienstleistungen, Wohnen und Kultur. Positiv zur Standortattraktivität trägt auch der Aspekt der Familienfreundlichkeit bei, der in Bielefeld im Rahmen von »Lokales Bündnis für Familie Bielefeld« gefördert wird. Im Vergleich der KiTa-Gebühren zwischen den 100 größten Städten befindet sich Bielefeld für Familien mit einem Jahresbruttoeinkommen bis 45 Tsd. Euro im oberen Drittel.¹³ In einem Vergleich der 40 größten deutschen Städte im Prognos-Familienatlas 2007 im Handlungsfeld »Wohnsituation und Wohnumfeld« belegt Bielefeld Platz eins, insbesondere aufgrund des hohen Anteils an Familienwohnungen im Wohnungsbestand, der relativ geringen Zahl von im Straßenverkehr verunglückten Kindern und der geringen Kriminalitätsrate. Verbesserungspotenziale impliziert der Städtevergleich hingegen hinsichtlich der Lebensqualität in Bezug auf die Bereiche »Bildung und Ausbildung«, »Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche« sowie »Vereinbarkeit von Familie und Beruf«.¹⁴ Die Attraktivität des Wohnumfeldes für Familien in Bielefeld resultiert auch aus dem hohen Anteil von unbebauten Flächen (62,4 %) in der Stadt, welche ihr einen hohen Naherholungswert geben.¹⁵

Im Städtevergleich bleibt Bielefeld allerdings in seiner Bedeutung als touristisches Ziel hinter zahlreichen anderen deutschen Städten deutlich zurück. Während im bundesweiten Durchschnitt die Übernachtungszahlen von 2000 bis 2006 um 10,9 Prozent zugenommen haben, stagnierten sie in Bielefeld.¹⁶ Zudem ist die Anzahl der Übernachtungen von ausländischen Touristen in Bielefeld, die zu der Erhöhung der Internationalität von Städten beitragen, deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt (vgl. Abbildung 12). Auch hinsichtlich der »Internationalität« der Studenten weist Bielefeld mit 9,2 Prozent Ausländern unter den Studenten einen geringeren Wert auf als zahlreiche der 30 größten deutschen Städte. Die relativ geringe Internationalität der universitä-

¹² Vgl. Bielefeld Marketing GmbH (2006).

¹³ Vgl. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2008).

¹⁴ Vgl. Prognos (2007).

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2008a).

¹⁶ Vgl. Stadt Bielefeld (2008).

ren Landschaft kann sich im Zuge des zunehmenden Wettbewerbs von Hochschulen um Forschungsaufträge, Wissenschaftler und ausländische Studenten als Standortnachteil darstellen aufgrund mangelnder Internationalitätserfahrungen und der wenig ausgeprägten internationalen Bekanntheit Bielefelds als Bildungsstandort. Dies wäre als nachteilig zu bewerten, denn der Bildungssektor einer Stadt trägt dazu bei, ihr ein weltoffenes und internationales Image zu verleihen. Für die zukünftige Standortattraktivität von Städten wird die Internationalität aufgrund der zunehmenden Internationalisierung von wirtschaftlichen Aktivitäten und der zunehmenden Bedeutung von ethnisch-kultureller Vielfalt als Standortfaktor ein zentraler Aspekt sein.¹⁷ Hemmend im Hinblick auf die Potenziale Bielefelds für eine zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft ist auch die deutlich unterdurchschnittliche internationale Erreichbarkeit Bielefelds im PKW- und Luftverkehr (vgl. Abbildung 13), welche auf Defizite im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und die große räumliche Entfernung zu einem internationalen Flughafen zurückzuführen ist (vgl. Kasten 3).

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur¹⁸

Bereits seit den 1960er-Jahren ist der Bau der Verbindungsautobahn A 33 von Osnabrück über Bielefeld bis nach Paderborn geplant, aber dieses Infrastrukturvorhaben ist bis zum Jahre 2008 nicht komplett umgesetzt worden. Die vollständige Realisierung dieses Verkehrsprojektes wird die Erreichbarkeit Bielefelds erheblich verbessern. Die A 33 ersetzt eine Streckenführung mit zahlreichen Ortsdurchfahrten, Kurven sowie Kreuzungen und entsprechend hohen Reisezeiten. Die immensen zeitlichen Verzögerungen beim Bau der A 33 sind u. a. darauf zurückzuführen, dass der genaue Verlauf der Autobahn mehrfach aufgrund von Naturschutzauflagen und Ortsumgehungen modifiziert wurde. Bis zum Jahre 2008 wurden nur 75 km der Strecke fertiggestellt, sodass eine etwa 27 km lange Lücke in dem Straßennetz auf der Höhe von Bielefeld existiert. Eine vollständige Fertigstellung der A 33 wird nicht vor dem Jahre 2011 erwartet. Standortnachteile zeigen sich auch bei der Erreichbarkeit im Luftverkehr. Der nächstgelegene Flughafen ist Paderborn-Lippstadt in ungefähr 45 km Entfernung von Bielefeld. Bielefeld hat zwar einen eigenen Flughafen, allerdings ist dieser nur für kleine Maschinen nutzbar. Probleme zeigen sich auch im innerstädtischen Verkehr in Bielefeld, zu deren Lösung u. a. der Ausbau der Stadtbahn beitragen soll.

Kasten 3

¹⁷ Vgl. Damelang et al. (2007).

¹⁸ Vgl. Landesbetrieb Straßenbau NRW (2007); Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld (2007).

4. Ausblick

Hinsichtlich der im HWWI/Berenberg-Städteranking bewerteten Standortfaktoren lassen sich für Bielefeld Defizite im Bereich der »Erreichbarkeit«, der »Bildung und Innovationsfähigkeit« sowie der »Internationalität« feststellen, die insgesamt bei dem Vergleich der Standortfaktoren einen Platz im unteren Drittel der 30 betrachteten Großstädten begründen. Die Wirtschaftsstruktur Bielefelds ist im Vergleich zu anderen deutschen Städten (noch) stärker vom industriellen Sektor geprägt. Deshalb werden die strukturellen Anpassungserfordernisse im Zuge der Expansion des Dienstleistungsbereichs in den kommenden Jahren in Bielefeld stärker ausgeprägt sein als in Städten, die bereits weitgehend auf Dienstleistungen spezialisiert sind. Anpassungsdruck auf die exportorientierten Firmen der Region wird zudem aus der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung und der Intensivierung des Standortwettbewerbs entstehen.

Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den Weltmärkten setzt Produktivitätszuwächse sowie die Erhöhung der »Wissensintensität« in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen voraus. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt zur Beschleunigung des Strukturwandels zu wissensintensiveren Wirtschaftsbereichen kann die Stärkung der Innovationsfähigkeit Bielefelds sein. Es gibt in der Region zahlreiche Ansatzpunkte, um von dem fortschreitenden Strukturwandel zur »Wissensökonomie«, die forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen einschließt, zu profitieren. Beispiele hierfür sind die Forschungserfolge an der Universität, die vielfältige Bildungslandschaft und die Präsenz von zahlreichen auf den Weltmärkten etablierten Unternehmen. So kann die bessere Verzahnung der Privatwirtschaft mit den öffentlichen Forschungsinstitutionen, die in zahlreichen Gebieten Spitzenforschung bieten, positiv zur Bewältigung des weiteren Strukturwandels in Bielefeld beitragen. Denn wesentliche Komponenten des regionalen Innovationsprozesses und hiermit verbundene Produktivitätszuwächse sind Spillovers – d. h. die Übertragung von Wissen und Informationen – zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor. Relevant für den Erfolg derartiger Innovationsstrategien ist, dass öffentliche und private Forschung unter Berücksichtigung der regionalen Wirtschaftsstruktur aufeinander abgestimmt sind.

Wie für andere deutsche Städte wird auch für Bielefeld die zukünftige Ausstattung mit (hoch) qualifizierten Arbeitskräften und innovativen Unternehmen eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung von Wachstumchancen im Zuge der fortschreitenden Wissensgesellschaft sein. Die Attraktivität Bielefelds als Unternehmensstandort und Lebensort ist ihrerseits das Ergebnis der Ausprägungen »harter« und »weicher« Standortfaktoren in der Region, deren Verbesserung – dies zeigt der Städtevergleich – in unterschiedlichen Bereichen in Bielefeld verfolgt werden sollte. Hierzu zählen auch Strategien, die dazu beitragen, die zahlreichen in der Stadt ausgebildeten Studenten zu einem größeren Teil in der Region zu halten. Eine wichtige Rolle für die Attraktivität von Städten spielen die Familienfreundlichkeit, der Wohnungsmarkt, die Freizeitmöglichkeiten und das Bildungsangebot, die zunehmend an Bedeutung für die Standortentscheidungen von Arbeitskräften gewinnen. Hinsichtlich dieser Bereiche hat Bielefeld zahlreiche

positive Standortaspekte aufzuweisen. Darüber hinaus ist das Standortimage »Internationalität und Offenheit« ein zu fördernder, zentraler Aspekt zur Stärkung von Bielefelds Position im Wettbewerb um Zuwanderer aus dem Ausland und anderen Regionen Deutschlands, die auch für Bielefeld im Zuge eines fortschreitenden Fachkräftemangels in Deutschland und der Alterung der Bevölkerung an Bedeutung gewinnen wird. Zur Verbesserung der Zukunftsaussichten des Wirtschaftsstandortes Bielefeld können die konsequente Weiterentwicklung des Bielefelder Konzepts und insbesondere seine Umsetzung in konkreten Projekten einen Beitrag leisten, wenn diese die Attraktivität Bielefelds als Lebens- und Arbeitsort fördern. Zukünftig wird zudem die internationale Erreichbarkeit aufgrund der zunehmenden Internationalisierung von wirtschaftlichen Aktivitäten weiterhin ein zentraler Standortaspekt sein. Der Ausbau der Infrastruktur, die in Bielefeld in zahlreichen Projekten vergleichsweise langsam voranschreitet, ist deshalb ein Politikbereich von hoher Priorität.

Handlungserfordernisse für eine erfolgreiche Stadtentwicklung Bielefelds gibt es somit in zahlreichen Politikfeldern. Im Hinblick auf die politische Gestaltung der Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung Bielefelds ist die Initiative »Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region« positiv hervorzuheben. Diese seit 1997 bestehende Gemeinschaftsinitiative von Pro Bielefeld e.V., Universität und Stadt Bielefeld fördert die interinstitutionelle Zusammenarbeit sowie den interdisziplinären Wissensaustausch in der Region. Von hoher Relevanz für die Gestaltung der Stadtentwicklungspolitik ist das »Stadtentwicklungsszenario Bielefeld 2050«, das Optionen zum Umgang mit den künftigen Herausforderungen der Stadtentwicklung in einer längerfristigen Perspektive aufzeigt.¹⁹ In diesem Szenario werden die Auswirkungen demografischer, gesellschaftlicher und ökonomischer »Megatrends« auf die Bereiche Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Bildung, Freizeit, Kultur, FuE, Zusammenleben und Gesundheit untersucht sowie Leitziele und Handlungsoptionen mit Blick auf das Jahr 2050 formuliert.

¹⁹ Vgl. Decker et al. (2006).

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bielefeld Marketing GmbH (2006): Bielefelder Kulturpark – Geschichte im Grünen, Pressemeldung vom 18.7.2006.
- Bonin, H., Schneider, M., Quinke, H. & Arens, T. (2007): Zukunft von Bildung und Arbeit – Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020, in: IZA Research Report, No. 9, Bonn.
- Bräuninger, M. & Stiller, S. (2005): Europas Beste – Vorbilder für deutsche Metropolen im Standortwettbewerb, Hamburg.
- Bundesagentur für Arbeit (2008): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsgruppen auf Kreisebene.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2008): persönliche Korrespondenz.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2007): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, Ausgabe 2006, CD-ROM.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2006): Raumordnungsprognose 2020/2050, Ausgabe 2006, CD-ROM.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2007): Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2007, Bonn/Berlin.
- Burkert, R., Niebuhr, A. & Wapler, R. (2007): Regional Disparities in Employment of High-Skilled Foreigners – Determinants and Options for Migration Policy in Germany, in: HWWI Research Paper, Nr. 3-7.
- Damelang, A., Steinhardt, M. & Stiller, S. (2007): Europe's diverse labour force: The case of German cities, in: EuroDiv Paper, No. 49.2007, Milan.
- Decker, R., Fiebig, T., Flöthmann, J., Frohn, J., Grau, I., Huesmann, J.-P., Kleidat, C. P., Seibt, M. & Teschner, H. (2006): Stadtentwicklungsszenario Bielefeld 2050 – Ergebnisbericht, Bielefeld.
- Deutscher Tourismusverband e.V. (DTV) (2006): Städte- und Kulturtourismus in Deutschland – Grundlagenuntersuchung, Bonn.
- Deutsches Patent- und Markenamt (2006): Patentatlas Deutschland.
- Florida, R. (2002): The Rise of the Creative Class ... and how it's transforming work, leisure, community and everyday life, New York.
- Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) (2008): Übergangsmanagement in der Stadt Bielefeld.
- Fritsch, M. & Stützer, M. (2007): Die Geographie der Kreativen Klasse in Deutschland, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, S. 15-29.
- Funke, M. & Niebuhr, A. (2005): Regional geographic research and development spillovers and economic growth – evidence from West-Germany, in: Regional Studies, Journal of the Regional Studies Association, Vol. 39, No. 1, New Jersey, p. 143-153.
- Hildebrandt, A., Lammers, K., Niebuhr, A., Nowicki, M., Polkowski, A., Stiller, S., Susmarski, P. & Tarkowski, M. (2006): Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum, HWWA-Report, Nr. 263, Hamburg.
- Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld (IHK) (2007): Chronologie des A 33-Lückenschlusses zwischen Bielefeld und Niedersachsen.
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (2008): KindergartenMonitor, Online-Datenbank der KiTa-Gebühren.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2004): Perspektive 2050: Ökonomik des demographischen Wandels, Bonn.
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Nordrhein-Westfalen (2008): Online-Datenbank.
- Landesbetrieb Straßenbau NRW (2007): Straßen. NRW. Projekte: A 33 – Lückenschluss zwischen A 2 und B 61, [www.straßen.nrw.de].
- Niebuhr, A. (2006): Migration and Innovation – Does Cultural Diversity Matter for Regional R & D Activity?, in: HWWI Research Paper, Nr. 3-1, Hamburg.
- Niebuhr, A. & Stiller, S. (2004): Zur Bedeutung von Standortfaktoren – Was macht einen Standort attraktiv für qualifizierte Arbeitskräfte und Kapital?, in: Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 282, Nürnberg, S. 233-257.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2008): Online-Datenbank und persönliche Korrespondenz.

- OstWestfalenLippe (OWL) Marketing GmbH (2008): Ganz oben in Nordrhein-Westfalen, Bielefeld.
- Otto, A., Lefsmann, O. & Stiller, S. (2007): Schlüsselressource Wissen: Ökonomische Relevanz und Trends, in: Wissen – Strategie 2030; Vermögen und Leben in der nächsten Generation, Hamburg, S. 7–67.
- Plahuta, S. (2007): Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in städtische Arbeitsmärkte – dargestellt am Beispiel der Stadt Stuttgart, in: Wirtschaftsgeographie, Band 42, Berlin.
- Prognos (2007): Familienatlas 2007.
- Rozenbat, C. & Cicille, P. (2004): Die Städte Europas – Eine vergleichende Analyse; Forschungsauftrag der französischen Behörde für Raumplanung und regionale Entwicklung DATAR, in: Forschungen, Heft 115, Bonn.
- Stadt Bielefeld (2008): Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, [www.bielefeld.de].
- Statistisches Bundesamt (2008a): Genesis Online – Regionaldatenbank Deutschland.
- Statistisches Bundesamt (2008b): Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Online-Datenbank.
- Statistisches Bundesamt (2006): 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Annahmen und Ergebnisse, Wiesbaden.
- Straubhaar, T. (1999): Brain Gain – Wohin gehen die Wissensträger in Zukunft, in: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 50, S. 233–257.
- Tatje, S. (2006): Demographische Planung als kommunale Zukunftsstrategie, Vortragsmanuskript Fachforum III »Generationengerechte Stadt: Städtische Anpassungsstrategien an den Demographischen Wandel«, 1. Demographiekongress des Behördenspiegels am 23./24.8.2006.
- United Nations (UN) (2006): World Urbanization Prospects – The 2005 Revision, New York.
- Universität Bielefeld (2008), [www.uni-bielefeld.de].
- Universität Bielefeld (2007): Statistisches Jahrbuch der Universität Bielefeld.

BERENBERG BANK
NIEDERLASSUNG BIELEFELD
WELLE 15
33602 BIELEFELD
TELEFON (0521) 97 79-0
TELEFAX (0521) 97 79-200
WWW.BERENBERG.DE